



E-Mail

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Umwelt und Raumordnung
Referat Bau- und Raumordnung
Stempfergasse 7
8010 Graz

Dr. Piotr Pyka, MSc (TU Wien)
Rechtsanwalt
Vortragender an der TU Wien

ABT13-2326/2026-8

Wien, am 8. Juni 2026
ALL/WIND

Einschreiter:

- 1. Alliance For Nature**, ZVR 067281561
vertreten durch: Prof. DI Christian Schuhböck
Thaliastraße 7, 1160 Wien
- 2. Pengg-Bührlen Privatstiftung**, FN 177939a
Scheibsbgraben 2, 8661 Sankt Barbara im Mürztal
- 3. Dr. Hermann Pengg-Bührlen**
Neupauerweg 45, 8052 Graz
- 4. Elisabeth Pengg-Bührlen**
Obere Augartenstraße 16, 1020 Wien
- 5. Mag. Veronika Pengg-Bührlen**
Lerchenfeldergürtel 57/8, 1160 Wien
- 6. Fridolin Pengg-Bührlen**
Klampfelberggasse 3, 1170 Wien
- 7. Catharina Benedikt**
Johann-Michael-Steffn-Weg 7, 8010 Graz
- 8. LARIX Forstbetriebs GmbH & Co KG**, FN 333641 z
Scheibsbgraben 2, 8661 Wartberg im Mürztal

vertreten durch:

Dr. Piotr Pyka, MSc (TU Wien)
Rechtsanwalt
Spiegelgasse 10/6, 1010 Wien

Vollmacht erteilt (§ 8 RAO) einschließlich
Vollmacht gem. § 19a RAO

wegen:

Entwurf einer Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit
der die Verordnung betreffend das Entwicklungsprogramm für den
Sachbereich Windenergie geändert wird

Ablehnende Stellungnahme

1-fach; Beilage ./A

In umseits bezeichneter Rechtssache geben die Einschreiter zum Entwurf einer Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der die Verordnung betreffend das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie (im Folgenden kurz „Entwicklungsprogramm Windenergie 2026“) geändert werden soll, innerhalb offener Frist die nachstehende

ablehnende Stellungnahme

ab und begründen diese wie folgt:

Inhaltsübersicht

| | |
|---|-----------|
| 1. Einschreiter | 3 |
| 2. Generelle Anmerkungen zum Entwurf | 3 |
| 2.1. Grob mangelhafte Grundlagenforschung / Strategische Umweltprüfung (SUP) durch fehlende Auseinandersetzung mit bestehenden Ausbaureserven, fehlende themen- und ortsspezifische Detailerhebungen bzw keine Datenaktualität bzw Datenstand | 4 |
| 2.2. Keine nachvollziehbare bzw grob mangelhafte Alternativenprüfung | 7 |
| 2.3. Beschneidung der Rechte betroffener Öffentlichkeit durch Ausnahme bestimmter Erweiterungen von Windkraftenergieanlagen von der UVP-Pflicht | 9 |
| 2.4. Zum Risiko erheblicher Umweltauswirkungen von Windkraftanlagen | 9 |
| 3. Zur geplanten Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone | 10 |
| 3.1. Geltendes Entwicklungsprogramm Windenergie 2019 (Ausschlusszone Floning) | 11 |
| 3.2. Keine sachliche Rechtfertigung bzw keine ausreichende Grundlagenforschung hinsichtlich der geplanten Änderung der Widmung des Gipfelbereichs Floning von der Ausschlusszone zur Vorrangzone | 12 |
| 3.3. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „biologische Vielfalt/Fauna und Flora“ | 20 |
| 3.3.1. Erhebliche Beeinträchtigungen der Wildökologie | 20 |
| 3.3.2. Ornithologie / Artenschutz | 22 |
| 3.4. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „Mensch/Bevölkerung“ | 24 |
| 3.5. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „natürliche Ressourcen“ | 26 |
| 3.6. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „Landschaft“ | 29 |
| 3.7. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „Sach- und Kulturgüter“ | 31 |
| 3.8. Unzulässige Verlagerung der Bewertung von Umweltauswirkungen auf spätere Genehmigungsverfahren | 34 |
| 4. Anregungen | 35 |

1. Einschreiter

Die 1. Einschreiterin ist eine im gesamten Bundesgebiet gemäß § 19 Abs 7 UVP-G 2000 anerkannte Umweltorganisation, die zur Geltendmachung der Umweltschutzvorschriften, insb jenen, die sich aus dem Unionsrecht ergeben, berechtigt ist, ohne ihre unmittelbare Betroffenheit nachweisen zu müssen.

Die 2. bis 7. Einschreiter sind bürgerliche Miteigentümer der Liegenschaften EZ 3, 5, 9, 10-13, 15, 17-20, 23, 25, 27, 28, 44, 53, 54, 59, 60, 62, 65, 100, jeweils KG 60066 Thörl, BG Bruck an der Mur, auf denen sich Waldflächen (Forstgut „Strohsitz“) befinden.

Die 8. Einschreiterin ist Pächterin der oben bezeichneten Waldflächen, die im Eigentum der 2. bis 7. Einschreiter liegen, und zur Ausübung der Jagdrechte auf den genannten Liegenschaften berechtigt.

Durch den vorliegenden Verordnungsentwurf soll die Grundlage für die Errichtung eines Windparks direkt an der Grundstücksgrenze der 2. bis 7. Einschreiter geschaffen werden. Auf diesem Gebiet befindet sich derzeit die Ausschlusszone Floning.

Die 2. bis 8. Einschreiter wären sohin durch den gegenständlichen Entwurf und die damit vorgesehene Aufhebung der Ausschlusszone für das Gebiet unmittelbar betroffen.

2. Generelle Anmerkungen zum Entwurf

Mit dem gegenständlichen Verordnungsentwurf soll die geltende Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Juni 2013, mit der ein Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie erlassen wird idF LGBl Nr 91/2019 (im Folgenden kurz „Entwicklungsprogramm Windenergie 2019“) geändert werden.

Die geplanten Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage umfassen im Kern die:

- Ausweisung von zusätzlichen Zonen im Ausmaß von sieben zusätzlichen Vorrangzonen und fünf neuen Eignungszonen;
- in Ausschlusszonen wird die Möglichkeit geschaffen, bestehende Anlagen zu erweitern, sofern dies im Einklang mit den örtlichen Entwicklungszielen steht (siehe Erläuterungen, 5, Zu Z 4 § 3a Abs 1);
- während für Neuerrichtungen weiterhin eine elektrische Gesamtleistung von mindestens 15 MW erforderlich ist, entfällt diese Grenze für die Erweiterung bestehender Anlagen. Dies führt dazu, dass solche Projekte nicht mehr zwingend dem UVP-Regime

unterliegen, sondern nach den jeweiligen Materiengesetzen (zB Baugesetz, Naturschutzgesetz) zu prüfen seien (siehe Erläuterungen, 5, Zu Z 4 § 3a Abs 4).

9 Wenn in der vorliegenden Stellungnahme auf den „Umweltbericht 2026“ verwiesen wird, so ist damit der auf der Webseite der Steiermärkischen Landesregierung kundgemachte¹ Umweltbericht gemäß § 4 StROG 2010 zum Auflagenentwurf vom April 2026 gemeint.

2.1. Grob mangelhafte Grundlagenforschung / Strategische Umweltprüfung (SUP) durch fehlende Auseinandersetzung mit bestehenden Ausbaureserven, fehlende themen- und ortsspezifische Detailerhebungen bzw keine Datenaktualität bzw Datenstand

10 Nach ständiger Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs hat die im Zuge der Erlassung von Verordnungen durchzuführende Grundlagenforschung im Allgemeinen aus Überlegungen zu bestehen, welche die Grundlagen für die jeweilige Planungsentscheidung bilden und als solche auch in ausreichendem Maße erkennbar und nachvollziehbar sind (siehe etwa VfSlg 14.143/1995, 14.537/1996, 19.075/2010; VfGH 1.3.2021, V 47/2019 mwN). Diese Voraussetzungen werden durch den vorliegenden Entwurf nicht erfüllt.

11 Nach Erläuterungen zum vorliegenden Entwurf habe das bisherige Entwicklungsprogramm Windenergie 2019 seine Ziele weitgehend erreicht, weil über 90% der bestehenden Windenergieanlagen innerhalb der bisherigen Vorrang- bzw Eignungszonen liegen würden.

12 Die primäre Zielsetzung des vorliegenden Entwurfs besteht in der Erhöhung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern durch die Festlegung zusätzlicher überörtlicher Vorrangzonen (siehe Erläuterungen, Seite 2).

13 Auch in der offiziellen Presseaussendung zum Entwicklungsprogramm Windenergie 2026² wird ausgeführt, die bestehenden Vorrang- und Eignungszonen seien „weitgehend ausgeschöpft“. Auf dieser Grundlage wird die Notwendigkeit zusätzlicher Vorrang- und Eignungszonen begründet.

14 Die sachliche Rechtfertigung für die Ausweisung neuer Vorrangzonen ist bereits deshalb nicht nachvollziehbar, weil die Landesregierung einerseits einen zusätzlichen Flächenbedarf für Windenergieanlagen behauptet, andererseits jedoch die tatsächlichen Ausbaureserven bestehender Vorrang- und Eignungszonen nicht untersucht.

15 Diese Darstellung steht in einem Spannungsverhältnis zu den Feststellungen des Umweltberichts 2026 selbst. In diesem wird nämlich auf der Seite 14 festgehalten, dass im Rahmen der

¹ Siehe <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/13013100/74836203/> [Zugriff am 5.6.2026].

² <https://www.news.steiermark.at/cms/beitrag/13013118/154271268/> [Zugriff am 3.6.2026].

Novelle 2019 insgesamt 14 Vorrangzonen und drei Eignungszonen festgelegt wurden. Gleichzeitig wird auf der Seite 15 ausgeführt, dass lediglich in 11 dieser insgesamt 17 Vorrang- bzw Eignungszonen (dh in 65% der Vorrangs- bzw Eignungszonen) Windenergieanlagen bestehen. In drei weiteren Zonen befänden sich Projekte erst in Bau, Genehmigung oder Planung, während in drei bestehenden Vorrang- bzw Eignungszonen bislang überhaupt keine Windenergieanlagen errichtet wurden. Darüber hinaus hält der Umweltbericht 2026 ausdrücklich fest, dass weiterhin „Ausbaupotenziale in **bestehenden** Vorrangzonen“ bestehen (Umweltbericht 2026, Seite 27).

- 16 Vor diesem Hintergrund erschließt sich nicht, auf welcher fachlichen Grundlage die bestehenden Vorrang- und Eignungszonen als „weitgehend ausgeschöpft“ angesehen werden. Weder wird dargestellt, welche konkreten Ausbaupotenziale in den bestehenden Zonen noch vorhanden sind, noch wird untersucht, weshalb diese Potenziale nicht ausreichen sollen, um die angestrebten energiepolitischen Zielsetzungen zu erreichen.
- 17 Dies stellt einen groben Mangel der Grundlagenforschung für den gegenständlichen Entwurf dar, weil trotz Möglichkeit und Zumutbarkeit der Ausschöpfung der Kapazitäten bestehender Standorte zusätzliche Vorrangzonen geschaffen werden sollen, wodurch wertvolle Naturräume unwiederbringlich zerstört werden würden (zu den erheblichen Auswirkungen von Windenergieanlagen auf die Umwelt siehe ausführlich unten im Kapitel 3.).
- 18 Besonders plakativ wird dies am Beispiel des Standortes Floning. Dieser stellt keine Erweiterung einer bereits bestehenden Windkraftzone dar, sondern betrifft einen Bereich, der bislang ausdrücklich als Ausschlusszone ausgewiesen war und der den letzten wichtigen Trittstein am Weg zu den zentralen Birkhuhn-Gebieten nördlich der Mur darstellt (ausführlich dazu unten in den Kapiteln 3.2.3.3.1 und 3.3.2.).
- 19 Die geplante Umwidmung bedeutet daher einen besonders weitreichenden Eingriff in die bisherige Standortsystematik des Entwicklungsprogramms sowie in die steiermärkische Umwelt, ohne dass dieser Eingriff sachlich indiziert wäre.
- 20 Dazu kommt, dass im Umweltbericht 2026, Seite 172, ausdrücklich eingeräumt wird, dass die Strategische Umweltprüfung ohne Durchführung themen- und ortsspezifischer Detailerhebungen durchgeführt wurde, für einige Themenbereiche eine inhomogene Datenlage bezüglich der **Aktualität, Maßstabsebene und Abdeckung** vorliegt und hinsichtlich geschützter Arten gemäß Artenschutzverordnung keine flächendeckenden Kenntnisse über Vorkommen zur Verfügung stehen:

8 Beschreibung allfälliger Schwierigkeiten und Einschränkungen

Die Ausweisung von Vorrang- bzw. Eignungszonen für Windenergie basiert auf einer landesweiten Analyse möglicher Eignungs-, Konflikt- und Synergiepotentiale, in deren Rahmen die aktuellsten, verfügbaren Daten herangezogen wurden. Themen- und orts-spezifische Detailerhebungen konnten im Rahmen der Überarbeitung des Sachprogramms Windenergie nicht geleistet werden. Für einige Themenbereiche liegt eine inhomogene Datenlage bezüglich Aktualität, Maßstabsebene und Abdeckung vor. So liegen zum Beispiel für naturschutzfachlich bedeutende Biotop keine flächendeckenden Erhebungen für Wald sowie für Gebiete über 1.500 Metern Seehöhe vor, letzteres betrifft auch Biotop des Offenland und der Gewässer. Hinsichtlich geschützter Arten gemäß Artenschutzverordnung stehen ebenfalls keine flächendeckenden Kenntnisse über Vorkommen zur Verfügung. Aus diesem Grund können spezifische lokale Besonderheiten (z.B. im Bereich der artenschutzrechtlich relevanten Themenbereiche) im Einzelfall unterrepräsentiert erfasst sein.

Die Ergebnisse der vorliegenden strategischen Umweltprüfung für Vorrang- bzw. Eignungszonen für Windenergie sind daher im Maßstab ihrer landesweiten Betrachtungsebene zu interpretieren. In nachfolgenden Genehmigungsverfahren auf Projektebene sind jedenfalls detaillierte Erhebungen sowie darauf aufbauend die Ausarbeitung von konkreten Maßnahmen erforderlich. Die im Rahmen der strategischen Umweltprüfung identifizierten Maßnahmen (vgl. Kapitel 6) liefern Projektwerbern und Behörden konkrete Hinweise, auf welche spezifischen, lokalen Sensibilitäten unter anderem durch eine angepasste Projekt- und Maßnahmenplanung besonders Rücksicht zu nehmen ist, um etwaige Umweltauswirkungen bzw. Genehmigungshindernisse (insbesondere in natur-/ artenschutzrechtlichen Themenbereichen) frühzeitig vermeiden zu können.

Abbildung 1: Auszug aus dem Umweltbericht 2026, Seite 172.

- 21 Vor diesem Hintergrund mutet es geradezu kurios an, wenn im Umweltbericht, Seite 60, etwa die Auswirkungen der Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone auf das Schutzgut „biologische Vielfalt/Fauna und Flora“ etwa im Bereich „Artenschutz“ mit „o“ („keine/nicht relevante Veränderung“) beurteilt werden und dies damit begründet wird, dass „keine Informationen zu Vorkommen geschützter bzw. gefährdeter Arten innerhalb oder in unmittelbarer Nähe der Zone [vorliegen würden]“.
- 22 Wenn diese entscheidungsrelevanten Daten weder erhoben noch eingeholt (für den Bereich Floning, Forstgut Strohsitz, sind die relevanten Daten der 8. Einschreiterin bekannt, siehe unten Kapitel 3.3.1 sowie 3.3.2.) wurden, dann sollte es nicht verwunderlich sein, dass diese auch nicht vorliegen.
- 23 Daraus darf aber keinesfalls der Schluss gezogen werden, dass sich die geplante Verordnung nicht auf bestimmte Schutzgüter der SUP-Richtlinie auswirkt, weil eine solche Beurteilung mangels der Datenlage schlichtweg denkunmöglich ist.

24 Durch die eklatante Mangelhaftigkeit der Grundlagenforschung bzw der Strategischen Umweltprüfung (SUP) wurde der vorliegende Entwurf nicht nur mit Gesetzwidrigkeit behaftet (siehe die eingangs angeführte Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs) sondern die SUP im vorliegenden Fall zu einer Art „Rechtfertigung durch das Verfahren“ reduziert, was dem Ziel der SUP-Richtlinie, im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ein hohes Umweltschutzniveau sicherzustellen und dazu beizutragen, dass Umwelterwägungen bei der Ausarbeitung und Annahme von Plänen und Programmen einbezogen werden, offenkundig konterkariert.

25 Dieser Mangel der SUP würde auf materiengesetzliche Genehmigungen durchschlagen, sollte der Entwurf in der vorliegenden Fassung dennoch beschlossen werden (siehe VwGH 15.10.2020, Ro 2019/04/0021 ua, 380-kV-„Salzburgleitung“).

2.2. Keine nachvollziehbare bzw grob mangelhafte Alternativenprüfung

26 Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass Vorrangzonen überörtliche Widmungsfestlegungen sind und dass in Vorrang- und Eignungszonen Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von mindestens 0,5 MW zulässig sind, wobei bei Neuerrichtung mindestens 15 MW Gesamtleistung erreicht werden müssen (siehe § 3a Abs 2 und 4 des Entwurfs).

27 Daraus folgt, dass die Umwidmung bereits auf Planungsebene erhebliche Steuerungswirkung hat. Der EuGH betont, dass die SUP frühzeitig stattfinden muss, damit ihre Ergebnisse die Entscheidung noch beeinflussen können. Gerade auf dieser Stufe sind Alternativen zu analysieren und strategische Entscheidungen zu treffen (EuGH 7.6.2018, C-160/17, *Thybaut*, Rn 61–64).

28 Gerade unter diesen Umständen wäre im Sinne der Bestimmungen des § 5 Abs 1 Z 8 Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010 (im Folgenden kurz „StROG 2010“) bzw Art 5 Abs 1 iVm Anhang I lit h Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme; im Folgenden kurz „SUP-Richtlinie“) eine nachvollziehbare Alternativenprüfung durchzuführen gewesen.

29 Der Umweltbericht 2026 enthält zwar eine allgemeine Standortauswahl, eine Nullvariante und kurze Aussagen zu Photovoltaik, Wasserkraft und Repowering. Er enthält jedoch keine nachvollziehbare, quantifizierte Prüfung weniger eingriffsintensiver Alternativenvor der Neuausweisung weiterer Vorrangzonen (ja gar der Umwidmung von Ausschlusszonen in Vorrangzonen, somit bei einem weitaus gravierenderen Eingriff, wie beim Floning der Fall) zunächst bestehende Vorrang- und Eignungszonen durch Repowering, Nachverdichtung, Nutzung vorhandener Restflächen und kleinräumige Erweiterungen auszuschöpfen. Gerade weil der Floning bisher als Ausschlusszone ausgewiesen war und der Umweltbericht selbst Birkwildkorridore, Au-

erwild-Lebensraumpotenzial und Lebensraumkorridore dokumentiert, hätte diese weniger ein-
griffsintensive Alternative iSd § 5 Abs 1 Z 8 StROG 2010 bzw Art 5 Abs 1 iVm Anhang I lit h
SUP-Richtlinie konkret untersucht und mit der Variante „Neuausweisung Floning“ verglichen
werden müssen.

30 Mit anderen Worten: Es hätte untersucht werden müssen, ob die angestrebten Ausbauziele
nicht zunächst durch die Nutzung oder Ausschöpfung bereits bestehender Vorrang- und Eig-
nungszonen hinreichend erreicht werden können bzw ob die Kapazitäten bestehender Stand-
orte – etwa durch Verringerung der Mindestabstände von den einzelnen Masten – nicht opti-
miert werden könnten. Dies zumal im Umweltbericht 2026, Seite 21, explizit festgehalten
wurde, dass Erweiterungen bestehender Vorrang- und Eignungszonen hohe Priorität haben,
weil bestehende Infrastruktur wie Umspannwerke, Stromableitung und Zuwegung genutzt wer-
den kann bzw Erweiterungen den Austausch älterer Windenergieanlagen durch größere, leis-
tungsfähigere Anlagen ermöglichen. Auch wenn Repowering wegen größerer Anlagen und
erforderlicher Abstände unter Umständen größere Flächen benötigen kann, so ändert dies
nichts daran, dass diese Maßnahmen innerhalb bereits bestehender Vorrang- bzw Eignungs-
flächen stattfinden könnten, sodass kein Bedarf nach Ausweisung zusätzlicher Vorrangzonen,
ja einer Umwidmung von Ausschlusszonen in Vorrangzonen, wie beim Floning geplant, be-
steht.

31 Aus dem Umweltbericht 2026 ergibt sich nicht nachvollziehbar, welches konkrete Potenzial
durch Repowering, Nachverdichtung, Nutzung bisher un bebauter bestehender Vorrang-/Eig-
nungszonen und kleinräumige Erweiterungen bestehender Windparks tatsächlich ausge-
schöpft werden könnte.

32 Im Rahmen der Alternativenprüfung (Repowering/Nachverdichtung bestehender Wind-
parks/Erweiterung bestehender Vorrangzonen) hätte transparent dargestellt werden müssen,
welche Energiemenge MW/TWh zusätzlich erzielbar wäre, welche zusätzliche Flächenbean-
spruchung dies erfordern würde, mit welchen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen wäre
und schließlich weshalb die Alternative zugunsten der Neuausweisung zusätzlicher Vorrang-
zonen und damit neuer Eingriffe in bisher unbelastete Zonen verworfen werden sollte. Nur
nach einer solchen Alternativenprüfung kann überhaupt beurteilt werden, ob Bedarf nach wei-
teren Vorrangzonen überhaupt bestehen kann, deren Ausweisung mit massiven Beeinträchti-
gungen der Umwelt einhergehen würde.

33 Eine derartige Untersuchung hat im vorliegenden Fall nicht stattgefunden.

34 Die für den vorliegenden Entwurf vorliegende Grundlagenforschung bzw die Strategische Um-
weltprüfung (SUP) sind daher unvollständig bzw nicht hinreichend begründet und damit grob
mangelhaft, weil bei ordnungsgemäßer Durchführung feststehen könnte, dass kein Bedarf

nach der Ausweisung von zahlreichen zusätzlichen Vorrangzonen, ja einer Umwidmung bestehender Ausschlusszonen in Vorrangzonen (Beispiel Floning) besteht.

35

Der vorliegende Verordnungsentwurf steht somit auch im grundlegenden Spannungsverhältnis zu den in den §§ 1 bis 3 des Bundesverfassungsgesetzes über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz und den umfassenden Umweltschutz (BVG Nachhaltigkeit) verankerten Staatszielen, wonach sich die Republik Österreich ausdrücklich zum Prinzip der Nachhaltigkeit sowie zum umfassenden Schutz der natürlichen Umwelt als Verantwortung gegenüber gegenwärtigen und zukünftigen Generationen bekennt. Auch wenn die Bestimmungen des BVG Nachhaltigkeit keine unmittelbar durchsetzbaren subjektiven Rechte begründen, entfalten sie als verfassungsrechtliche Staatszielbestimmungen eine maßgebliche Leit- und Orientierungsfunktion für Gesetzgebung und Vollziehung. Sämtliche hoheitlichen Maßnahmen sind – so auch die Erlassung des gegenständlichen Entwicklungsprogramms - daher im Lichte dieser verfassungsrechtlichen Vorgaben zu interpretieren und auszugestalten. Als Determinanten stellt das BVG Nachhaltigkeit verfassungsrechtliche Wertentscheidungen dar, die bei jedem hoheitlichen Handeln mitzubersücksichtigen sind (*Raschauer/Ennöckl* in Ennöckl/Raschauer/Wessely (Hrsg), Handbuch Umweltrecht³ (2019) Umweltrecht Allgemeiner Teil, 42).

2.3. Beschneidung der Rechte betroffener Öffentlichkeit durch Ausnahme bestimmter Erweiterungen von Windkraftenergieanlagen von der UVP-Pflicht

36

Die geplante Ausnahme von Erweiterungen bestehender Anlagen von der UVP-Pflicht (siehe Erläuterungen, Seiten 5 f) stellt eine unzulässige Umgehung der Bestimmungen der UVP-Richtlinie dar, die nicht nur dazu dienen, Umweltauswirkungen derartiger Projekte im Vorhinein zu identifizieren, zu beschreiben und zu bewerten, sondern den Mitgliedern der betroffenen Öffentlichkeit (Umweltorganisationen, Nachbarn, Bürgerinitiativen etc) die Möglichkeit zu geben, sich an diesen Verfahren effektiv zu beteiligen. Der Entwurf stellt daher einen massiven Einschnitt in die Rechte der betroffenen Öffentlichkeit bei Windkraftenergieprojekten dar, der unionsrechtlich unzulässig ist.

2.4. Zum Risiko erheblicher Umweltauswirkungen von Windkraftanlagen

37

Der Generalsekretär der 1. Einschreiterin, Prof. DI Christian Schuhböck, ist allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger (Gerichtssachverständiger) für Naturschutz (Fachgebiet 06.01) und für Landschaftsgestaltung, Landschaftspflege, Landschaftsökologie (Fachgebiet 06.05) (siehe Beilage .IA). Die 1. Einschreiterin verfügt über jahrelange Erfahrung in zahlreichen Projektgenehmigungsverfahren für Windkraftanlagen in ganz Österreich, in denen sie auf erhebliche Umweltauswirkungen von Windkraftanlagen hinweist und diese bekämpft. Zu den voraussichtlichen, erheblichen Umweltauswirkungen von Windkraftanlagen zählen unter anderem folgende Aspekte:

- Beeinträchtigungen der Landschaft und des Landschaftsbildes durch bis zu 285 m hohe Windindustrieanlagen (zum Vergleich die Höhe des Wiener Stephansdoms: 136,4 m);
- Veränderung des Landschaftscharakters (vor allem der Almen und Bergrücken);
- Beeinträchtigung des Bodens (Bodenverdichtung, Bodenversiegelung, Verlust der Bodenfunktionen, Verhinderung der Bodenerneuerung) durch die Fundamente der Windindustrieanlagen;
- Verlust von Wald und Waldboden;
- Veränderung des Mikro-, Meso- und Lokalklimas (ua durch Entzug von Bodenfeuchtigkeit);
- Gefährdung gesetzlich geschützter Vögel und Fledermäuse (Vogelschlag, Barotrauma);
- Produktion hochgiftiger, nicht recycelbarer Rotorblätter und Belastung der Natur infolge Abrieb toxischer Mikroplastik-Kunststoffpartikel;
- Wertminderung von Grundstücken und Immobilien sowie Schmälerung des Erholungswertes windparkbetroffener Regionen;
- Rückgang des sanften Fremdenverkehrs.

Beweis: Auszug aus der SV-Liste vom 5.6.2026, Beilage ./A

38

Der vorliegende Entwurf setzt sich mit diesen erheblichen Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen nicht, jedenfalls aber nicht ausreichend, auseinander, wobei im Detail auf die Auseinandersetzung zu den einzelnen Schutzgütern in den Kapiteln 3.3. bis 3.7. verwiesen wird.

3. Zur geplanten Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone

39

Mit dem vorliegenden Entwurf soll für den Bereich Floning eine 137 ha große Vorrangzone für sechs bis sieben Windenergieanlagen gewidmet werden (Umweltbericht 2026, Seite 56). Diese Vorrangzone soll im Bereich der Ausschlusszone (rund 160 ha) errichtet werden, die als Trittstein zur Sicherung mehrerer Birkwildkorridore der Priorität 1 und 2 festgelegt wurde (Umweltbericht 2026, Seite 60). Die geplante Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone ist sachlich nicht gerechtfertigt und würde zu massiven Umweltbeeinträchtigungen führen.

3.1. Geltendes Entwicklungsprogramm Windenergie 2019 (Ausschlusszone Floning)

Gem § 3 Entwicklungsprogramm Windenergie 2019 werden in Bezug auf die Zulässigkeit der Errichtung und Änderung von Windkraftanlagen Ausschlusszonen, Vorrangzonen und Eignungszonen festgelegt und in Form eines Übersichtsplans mit der Position der Detailpläne im Maßstab 1:100.000 samt Gemeindeindex (Anlage 1), der Detailpläne der festgelegten Ausschluss-, Vorrang- und Eignungszonen im Maßstab 1:100.000 (Anlage 2-01 bis 2/23) und der Detailpläne für die Vorrangzonen planlich dargestellt.

Gem § 3a Abs 1 Entwicklungsprogramm Windenergie 2019 ist die Errichtung von Windkraftanlagen in Ausschlusszonen unzulässig.

Der Anlage 1 Entwicklungsprogramm Windenergie 2019 (Übersichtsplan inkl Gemeindeindex) ist zu entnehmen, dass die Widmung für das Grenzgebiet der Gemeinden Tragöß-Sankt Katharein und Kapfenberg, auf dem sich der Floning befindet, im Detailplan C4 zu finden ist. Der Detailplan C4 bildet die Anlage 2-10 Entwicklungsprogramm Windenergie 2019.

Aus diesem Detailplan C4 ist ersichtlich, dass sich der Gipfel des Floning und sein Umkreis in einer Ausschlusszone gem § 3 Entwicklungsprogramm Windenergie 2019 befindet:

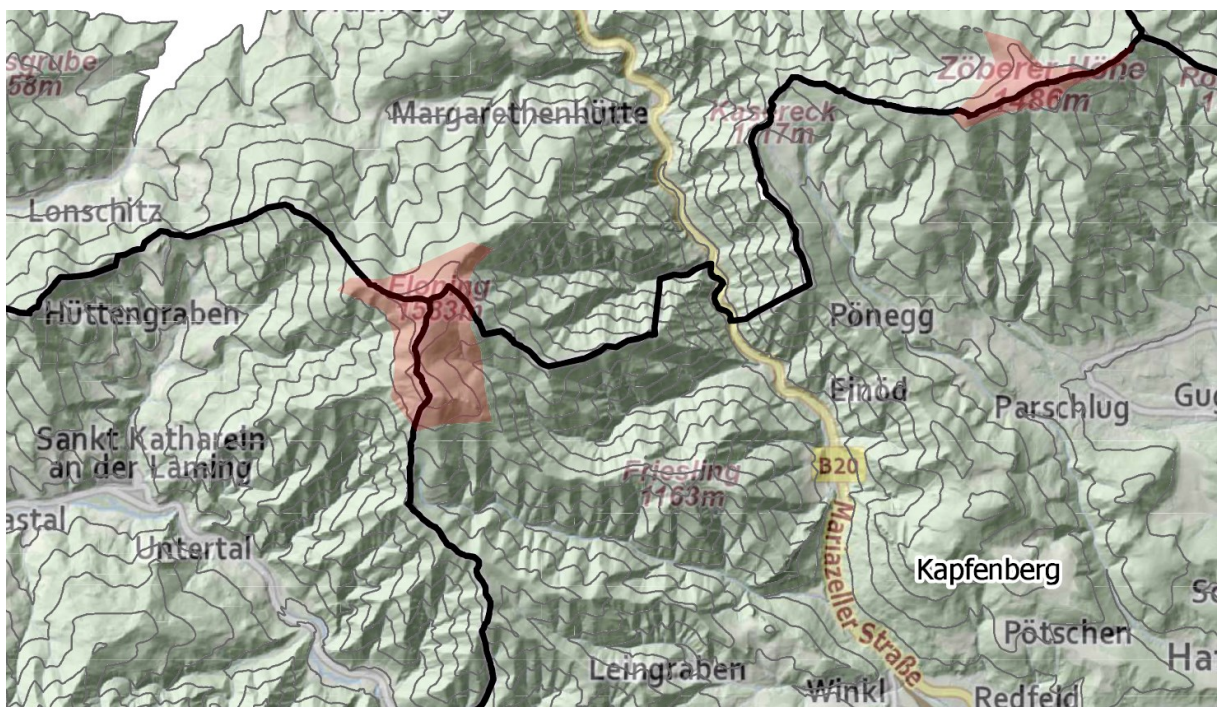


Abbildung 2: Auszug aus Detailplan C4, Anlage 2-10 Entwicklungsprogramm Windenergie 2019 (Ausschlusszonen sind rot unterlegt).

44 Zum Zeitpunkt der Einreichung der gegenständlichen Stellungnahme ist der Gipfelbereich des
Floning somit als Ausschlusszone gem § 3 Entwicklungsprogramm Windenergie 2019 gewid-
45 met. Eine Errichtung von Windkraftanlagen ist daher gem § 3a Entwicklungsprogramm Wind-
energie 2019 im Gipfelbereich des Floning unzulässig.

3.2. Keine sachliche Rechtfertigung bzw keine ausreichende Grundlagenforschung hin-
sichtlich der geplanten Änderung der Widmung des Gipfelbereichs Floning von der
Ausschlusszone zur Vorrangzone

45 Im Rahmen des Entwurfs des Entwicklungsprogramms Windenergie 2026 soll der Gipfelbe-
reich des Floning und dessen Umkreis von der Ausschlusszone zur Vorrangzone gewidmet
werden.

46 Beim Floning geht es nicht nur um eine neutrale Flächenvorsorge, sondern um die Umwid-
mung eines Bereichs, der bisher Ausschlusszone war. Der Umweltbericht selbst beschreibt,
dass sich die geplante Vorrangzone im Bereich einer bisherigen Ausschlusszone von rund 160
ha befindet, die als Trittstein zur Sicherung mehrerer Birkwildkorridore der Priorität 1 und 2
festgelegt war. Diese Ausschlusszone soll nunmehr nicht weitergeführt werden, weil sie ihre
Funktion als Trittstein für Birkwald laut den zuständigen Amtssachverständigen „nicht mehr
ausreichend“ erfülle (Umweltbericht 2026, Seite 60).

47 Gegen diese vorgesehene Ausweisung der Vorrangzone Floning bestehen erhebliche Beden-
ken hinsichtlich der Nachvollziehbarkeit und fachlichen Begründung der geplanten Änderung.

48 Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Floning gegenwärtig nicht etwa Teil einer Eignungszone
ist, in der die Errichtung von Windkraftanlagen gem § 3a Abs 3 Entwicklungsprogramm Wind-
energie 2019 begrenzt erlaubt ist, sondern als Ausschlusszone gewidmet ist, in der eine Er-
richtung von Windkraftanlagen gem § 3a Abs 1 Entwicklungsprogramm Windenergie 2019
vollkommen unzulässig ist. Die Bezeichnung als „Vorrangzone Floning“ im Umweltbericht 2026
beschreibt daher nicht den derzeitigen Rechtszustand, sondern die im Verordnungsentwurf
vorgesehene zukünftige Festlegung. Der Umweltbericht ist daher vor diesem Hintergrund be-
reits im Ansatz massiv fehlerhaft und als Grundlage für die geplante Umwidmung jedenfalls
ungeeignet.

49 Gerade deshalb ist die Tragweite der geplanten Änderung besonders hervorzuheben. Die Wid-
mung des Gipfelbereichs Floning soll nicht – wie im Umweltbericht nahegelegt – innerhalb
bestehender Vorrangzonen geringfügig angepasst oder erweitert werden. Vielmehr soll ein
Gebiet, das bislang ausdrücklich als Ausschlusszone ausgewiesen war und daher nach der
bisherigen Planung gerade nicht für die Windenergienutzung vorgesehen war, künftig selbst
als Vorrangzone festgelegt werden. Der Entwurf des Entwicklungsprogramms Windenergie

2026 würde damit eine vollständige Umkehr der bisherigen raumordnungsrechtlichen Bewertung des Standorts zur Folge haben. Es handelt sich dabei um einen **außergewöhnlichen Vorgang** (nach dem Kenntnisstand der Einschreiter wurde eine derartige Umwidmung in der Steiermark bisher nur ein Mal vollzogen), bei dem das Übergangsstadium der Eignungszone übersprungen wird, ohne dass hierfür eine sachliche Rechtfertigung vorliegen würde.

50 Während die bisherige Ausschlusszone gerade dazu diene, die Errichtung von Windkraftanlagen zur Gänze auszuschließen, soll derselbe Raum künftig zu jenen wenigen Standorten im Land Steiermark gehören, an denen die Windenergienutzung bevorzugt konzentriert und mittels großer, leistungsstarker Anlagen gefördert werden soll.

51 Die gegenständliche Änderung stellt daher keinen bloßen planerischen Anpassungsvorgang dar, sondern eine außergewöhnlich weitreichende „180°-Wende“ bei der Bewertung der Schutzwürdigkeit des Standortes dar, ohne dass diese Änderung sachlich begründet wäre.

52 Aufgrund dieses außergewöhnlichen Bewertungswechsels wären an die Begründung der Widmungsänderung besonders hohe Anforderungen zu stellen. Je länger und konsequenter eine planerische Festlegung aufrechterhalten wurde und je stärker die neue Widmung der bisherigen widerspricht, desto nachvollziehbarer muss dargelegt werden, weshalb die ursprüngliche Bewertung nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

53 Gerade diese Nachvollziehbarkeit ist nach dem vorliegenden Umweltbericht 2026 nicht gegeben.

54 Der Umweltbericht 2026 beschränkt sich im Wesentlichen auf die Feststellung, die bisherige Ausschlusszone erfülle ihre Funktion als Trittstein für Birkwild nicht mehr ausreichend (Umweltbericht 2026, Seite 60), ohne anzugeben, woraus sich diese geänderte fachliche Bewertung ergeben soll.

55 Insbesondere bleibt offen, auf welcher fachlichen Grundlage die ursprüngliche Ausschlusszonenwidmung beruhte, welche tatsächlichen oder fachlichen Umstände sich seit dieser Widmung geändert haben, welche neuen Erkenntnisse eine Neubewertung rechtfertigen, weshalb die ursprünglichen Schutzüberlegungen heute nicht mehr gelten sollen und weshalb ein Gebiet, das über mehrere Planungsperioden hinweg als Ausschlusszone ausgewiesen war, nunmehr zu den besonders geeigneten Standorten für die Windenergienutzung zählen soll.

56 Der vorliegende Umweltbericht ermöglicht daher keine nachvollziehbare Prüfung, weshalb die bisherige Ausschlusszonenwidmung aufgegeben wird.

57 Weiters ist besonders bemerkenswert, dass der Umweltbericht 2026 weiterhin genau jene wildökologischen Strukturen dokumentiert, welche die ursprüngliche Widmung als Ausschlusszone plausibel erscheinen lassen.

58 So wird ausdrücklich festgehalten, dass die gegenständliche Fläche weiterhin über gutes Lebensraumpotenzial für Birkwild sowie sehr gutes Lebensraumpotenzial für Auerwild verfügt. Darüber hinaus befindet sie sich im Bereich mehrerer Birkwildkorridore der Priorität 1 und 2. **Um als Trittstein für das Birkwild zu dienen, wurde der Gipfelbereich Floning ursprünglich als Ausschlusszone gewidmet (!).** Dem Umweltbericht lässt sich nicht entnehmen, weshalb die bisherige Widmung als Ausschlusszone ihre fachliche Grundlage verloren haben soll, wenn sich die nun geplante Vorrangzone im Bereich einer Korridorachse mehrerer Birkwildkorridore der Priorität 1 und 2 und im Bereich einer Ausschlusszone (rund 160 ha), die als Trittstein zur Sicherung der Korridore festgelegt wurde, befindet.

59 Hinzu kommt, dass der Umweltbericht 2026 selbst weiterhin besondere Schutz- und Minderungsmaßnahmen für erforderlich hält (siehe Umweltbericht 2026, Seiten 154 f).

60 Gerade deshalb wäre darzulegen gewesen, weshalb diese Einschätzung heute nicht mehr zutreffen soll.

61 Zudem führt der Umweltbericht 2026 aus, dass der Bereich gemäß der Landschaftsbewertung (Fachgutachten Revital 2018) überwiegend eine sehr hohe Landschaftsqualität und landschaftlich hohe Schutzwürdigkeit aufweist (Umweltbericht 2026, Seiten 61 f, Themenbereich: Landschaftsräumliche Charakteristik).

62 Der Umweltbericht 2026 zeigt einen eklatanten Kontrast zum weiteren Umfeld der geplanten Vorrangzone auf, welches vom Gutachter lediglich als gering bis mäßig schutzwürdig eingestuft wird (Umweltbericht 2026, Seite 62).

63 Im Grunde widerspricht die geplante Umwidmung zur Vorrangzone auch den in Kapitel 3.3.3 des Umweltberichts 2026, Seite 22, festgelegten Zielen für Ausschlusszonen, welche die Sicherung besonders sensibler Landschaften sowie den Schutz von unversehrten naturnahen Gebieten und Landschaften zum Ziel haben. Es ist also nicht nachvollziehbar, warum der Floning, dem ein so hohes Maß an Qualität („sehr hoch“) und Schutzwürdigkeit bescheinigt wird, nicht als Ausschlusszone gewidmet bleiben soll.

64 In dem im Auftrag der Landesforstdirektion des Amts der Steiermärkischen Landesregierung 2013 veröffentlichten Endbericht zur Ausscheidung von bedeutenden Raufußhühnerlebensräumen als Entscheidungsgrundlage für die Planung, Errichtung und den Betrieb von Großprojekten in alpinen Gebieten (im Folgenden kurz „Endbericht 2013“) wurde erarbeitet, welche Standorte weiterhin von diversen alpinen Nutzungen möglichst störungsfrei zu belassen und gleichzeitig als besonders wichtige Teilpopulationen und Trittsteine gezielt zu schützen bzw zu fördern sind (Endbericht 2013, Seiten 4 f).

- 65 Der Endbericht 2013 stellt außerdem ausdrücklich klar, dass die Populationen von Auer- und Birkhühnern wegen des der Vogelschutz-RL (RL 2009/147/EG) entspringenden Verschlechterungsverbots auf dem bisherigen Niveau gehalten werden müssen. Gerade Windkraftanlagen decken sich häufig mit Birkwildlebensräumen und bei einer Vielzahl von Bauvorhaben ist mit lokalen Reduktionen von Birkwild, dem Verlust wichtiger Trittsteine und einer steiermarkweiten Beeinträchtigung der Populationen zu rechnen. Für besonders bedeutende Gebiete wurden daher Ausschlusszonen gem § 3 Entwicklungsprogramm 2019 definiert (Endbericht 2013, Seite 4). Auch der Gipfelbereich des Floning stellt eine solche Ausschlusszone dar.
- 66 Die bisherige Ausschlusszone Floning ist daher nicht als disponibler Planungsrest, sondern Teil eines fachlich begründeten Schutz- und Vernetzungskonzepts anzusehen. Soll eine solche Ausschlusszone aufgehoben und in eine Vorrangzone umgewandelt werden, muss der Umweltbericht nachvollziehbar darlegen, weshalb die ursprünglichen Schutzüberlegungen nicht mehr gelten sollen.
- 67 Der Endbericht 2013 hebt für das Birkhuhn ausdrücklich hervor, dass südlich der Mur-Mürzfurche gute zentrale Quellgebiete sowie deren Vernetzung nach Norden erhalten bleiben sollen, weil die dortigen Bestände zu verinseln drohen (Endbericht 2013, Seite 8 f). In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung von Trittsteinen hervorgehoben (Endbericht 2013, Seite 9): "Unverzichtbare Trittsteine: Trittsteine sind nach ihrer Bedeutung zu unterscheiden (einziger Trittstein oder solcher mit möglichen Alternativen?). Einzig mögliche Trittsteine sind unverbaut zu belassen. Andere Trittsteine sind möglichst so zu erhalten, dass von den wichtigen Verbindungslinien eine freie Sichtigkeit auf einen Teilbereich des Rückens gegeben ist („Korridor“)."

Im Hinblick auf die geplante Vorrangzone und aktuelle Ausschlusszone Floning ist dabei besonders die Strecke vom Gleinalmbereich zu den zentralen Birkhuhn-Gebieten nördlich der Mur relevant:

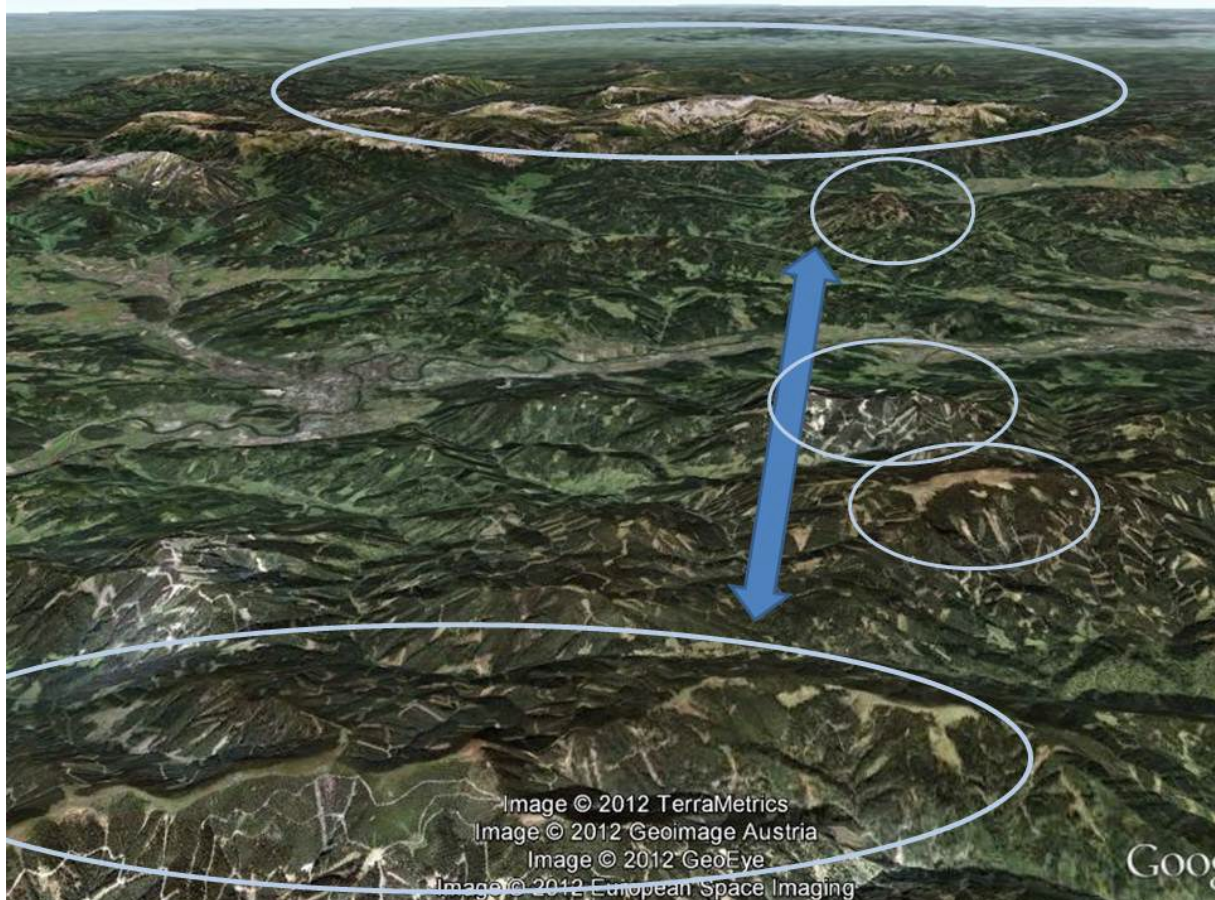


Abbildung 3: Endbericht 2013, Abbildung 5, Auszug aus Google Earth: Blick vom Gleinalmbereich über die Mur und den Floning zu den zentralen Birkhuhn-Gebieten.

68

Auf diesem Bild ist klar ersichtlich, dass der Floning nördlich der Mur den letzten wichtigen Trittstein am Weg zu den zentralen Birkhuhn-Gebieten darstellt. In der Bildunterschrift wird außerdem festgehalten, dass gute Teilpopulationen nicht voneinander isoliert werden dürfen, um nicht zu verinseln und damit mittelfristig zu erlöschen. Der Floning stellt nach dem Endbericht 2013 somit einen wesentlichen Teil der Vernetzung der Birkhuhnbestände südlich und nördlich der Mur-Mürzfurche dar.

69

Der Umweltbericht 2026 legt nicht nachvollziehbar dar, weshalb gerade diese im Endbericht 2013 dokumentierte Vernetzungsfunktion des Floning weggefallen sein soll. Es wird insb nicht offengelegt, ob aktuelle Erhebungen zur tatsächlichen Nutzung des Floning durch Birkhühner vorliegen, ob die Sicht- und Trittsteinfunktion fachlich neu beurteilt wurde, ob Alternativtrittsteine vorhanden sind (widrigenfalls die Ausschlusszone bereits deshalb jedenfalls beizubehalten wäre), und weshalb die ursprünglich angenommene Bedeutung für die großräumige

Vernetzung nicht mehr maßgeblich sein soll. Die bloße Feststellung, die bisherige Ausschlusszone erfülle ihre Trittsteinfunktion „nicht mehr ausreichend“, ersetzt diese Überprüfung nicht.

70

Durch einen Vergleich mit den bisherigen Planungsgrundlagen verstärkt sich dieser Eindruck weiter. Der Umweltbericht zum Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie, Novelle 2019 („Umweltbericht 2019“) hielt als wesentliches Merkmal der Vorrangzonen fest, dass diese außerhalb nicht ersetzbarer Migrationsachsen und Trittsteine der Wildökologie, im Speziellen der Raufußhühner, liegen (Umweltbericht 2019, Seite 10). Gleichzeitig hebt der Umweltbericht 2019 die Sicherung regional bedeutsamer Trittsteine als positive Wirkung des Entwicklungsprogramms hervor (Umweltbericht 2019, Seite 15).

71

Dass der Floning laut dem Umweltbericht 2026 weiterhin im Bereich mehrerer Birkwildkorridore der Priorität 1 oder 2 liegt und zugleich ein gutes Lebensraumpotenzial für Birkwild sowie ein sehr gutes Lebensraumpotenzial für Auerwild aufweist, steht in einem diametralen Widerspruch zu diesen bisherigen Planungsgrundsätzen. Damit liegen jene Kriterien, die die bisherige Ausweisung als Ausschlusszone fachlich getragen haben, weiterhin vor. Warum trotz Vorliegen dieser Kriterien eine Funktion als Trittstein nicht mehr vorliegen soll, wird nicht begründet (Umweltbericht 2026, Seite 60).

72

Auch die Erläuterungen zum ggst Verordnungsentwurf bestätigen, dass die wildökologischen Konflikte am Floning nicht ausgeräumt sind. Der Floning wird im Verordnungsentwurf als neue Vorrangzone gem Anlage 3-10 ausgewiesen. Grundsätzlich bestehen aber auch laut dem Umweltbericht 2026 nach wie vor gewisse ökologische Bedenken. Anderenfalls wären für die Erlassung der Vorrangzone nicht umfangreiche spezifische Milderungsmaßnahmen gem § 3b Abs 2 festgelegt worden (Umweltbericht 2026, Seiten 154 f).

73

Der Umweltbericht verlagert dabei aber die Ermittlung wesentlicher fachlicher Grundlagen auf die spätere Projektebene. Gem § 3b Abs 1 Z 1 und Z 3 des Verordnungsentwurfs ist erst für die Einreichung konkreter Projekte eine aktuelle Bestandserhebung durch Sachverständige durchzuführen und eine Detailplanung zur Maßnahmenunterstützung vorzulegen. Die Erläuterungen zum Verordnungsentwurf bestätigen, dass diese aktualisierte Bestandserhebung erst iVm der Projektplanung die Grundlage für die Beurteilung der Umweltauswirkungen und die Detailplanung erforderlicher Maßnahmen bildet (Erläuterungen zum Verordnungsentwurf, Seite 6).

74

Die Frage, ob der Floning wegen seiner Trittstein- und Vernetzungsfunktion überhaupt als Vorrangzone geeignet ist, betrifft den **Kern der strategischen Standortentscheidung**. Sie kann nicht dadurch ersetzt werden, dass erst im späteren Projektverfahren aktuelle Bestandserhebungen, Maßnahmenflächen und Wirksamkeitsnachweise vorgelegt werden. Die SUP hat diese Fragen bereits auf Ebene des Entwicklungsprogramms nachvollziehbar zu behandeln,

weil mit der Vorrangzone die raumordnungsrechtliche Grundentscheidung zugunsten der Windenergienutzung getroffen wird.

- 75 Diese Anforderung ergibt sich unmittelbar aus §§ 4 bis 5 StROG 2010. Nach § 4 Abs 1 StROG 2010 ist bei Änderungen von Entwicklungsprogrammen eine Umweltprüfung durchzuführen, wenn die Planung Grundlage für UVP-pflichtige Projekte sein kann. Nach § 5 Abs 1 StROG 2010 hat der Umweltbericht die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen der Planung darzustellen und zu bewerten. Dazu zählen insbesondere der derzeitige Umweltzustand (Z 2), die Umweltmerkmale der betroffenen Gebiete (Z 3), relevante Umweltprobleme (Z 4), Umweltschutzziele (Z 5), Auswirkungen auf biologische Vielfalt, Fauna, Flora, Landschaft und deren Wechselbeziehungen (Z 6), geplante Minderungsmaßnahmen (Z 7) sowie die Gründe für die Wahl der geprüften Alternativen (Z 8). Nach § 5 Abs 3 StROG 2010 sind dabei der Stand der Wissenschaft, aktuelle Prüfmethode, Inhalt und Detaillierungsgrad des Plans sowie dessen Stellung im Entscheidungsverfahren zu berücksichtigen.
- 76 Diesen Anforderungen wird der Umweltbericht 2026 hinsichtlich des Flonings nicht gerecht. Insb werden die Anforderungen der Z 3 bis 6 und 8 nicht ausreichend erfüllt. Der Umweltbericht 2026 dokumentiert zwar relevante Konfliktpotenziale, löst den daraus entstehenden Widerspruch zur geplanten Vorrangzone aber nicht auf. Insbesondere fehlen eine nachvollziehbare aktuelle Bewertung der Trittsteinfunktion, eine Auseinandersetzung mit der bisherigen Ausschlusszonenwidmung, eine tragfähige Beurteilung der Auswirkungen auf Birkhuhn- und Auerhuhnlebensräume sowie eine konkrete Begründung, weshalb Alternativen oder die Beibehaltung der Ausschlusszone nicht vorzugswürdig sein sollen.
- 77 Dieses Ergebnis wird insbesondere bei Beachtung der unionsrechtlichen Determinierung durch die SUP-Richtlinie (RL 2001/42/EG) und der Rsp des EuGH bestätigt. Die §§ 4 bis 5 StROG 2010 sind richtlinienkonform im Lichte der SUP-Richtlinie auszulegen. Der EuGH betont, dass das Hauptziel der SUP-Richtlinie darin besteht, Pläne und Programme, die voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben, bei ihrer Ausarbeitung und **vor ihrer Annahme** einer Umweltprüfung zu unterziehen (EuGH 7.6.2018, C-160/17, *Thybaut ua*, Rn 61). Der Umweltbericht muss daher die strategische Planungsentscheidung vorbereiten und darf nicht erst nachträglich auf Projektebene ersetzt werden. Im gegenständlichen Fall wird aber die tatsächliche Überprüfung der Umweltsituation auf die Zeit nach der Erlassung der Verordnung verschoben und es findet damit eine unzulässige „Abwälzung“ der Überprüfung der Umweltauswirkungen auf zukünftige Projekte statt, obwohl der maßgebliche Rahmen für die Errichtung dieser zukünftigen Projekte durch den gegenständlichen Verordnungsentwurf abgesteckt wird.
- 78 Der EuGH hat in seiner Rechtsprechung klargestellt, dass eine projektbezogene Umweltverträglichkeitsprüfung die Durchführung einer strategischen Umweltprüfung grundsätzlich nicht

ersetzt. Vielmehr verfolgen die SUP-Richtlinie 2001/42/EG und die UVP-Richtlinie unterschiedliche Prüfungsziele und sind ihre Anforderungen grundsätzlich kumulativ anzuwenden (EuGH 22.09.2011, C-295/10 *Valčiukienė* ua, Rn 59 f). Eine spätere projektbezogene Prüfung kann die SUP nur dann entbehrlich machen, wenn sie im Rahmen eines koordinierten oder gemeinsamen Verfahrens bereits sämtliche Anforderungen der SUP-Richtlinie erfüllt (EuGH C-295/10, *Valčiukienė* ua, Rn 55 bis 62).

79

Für den gegenständlichen Fall bedeutet dies, dass die strategische Umweltprüfung die für die Standortentscheidung maßgeblichen Umweltaspekte bereits auf Ebene des Entwicklungsprogramms nachvollziehbar ermitteln, darstellen und bewerten muss. Die SUP kann sich nicht darauf beschränken, bestehende Konflikte festzustellen und deren fachliche Aufarbeitung weitgehend auf spätere Projektverfahren zu verlagern. Gerade die Frage, ob der Floning trotz seiner bisherigen Funktion als Ausschlusszone, seiner Lage innerhalb mehrerer Birkwildkorridore der Priorität 1 und 2 sowie seines dokumentierten Lebensraumpotenzials für Birk- und Auerwild als Vorrangzone geeignet ist, betrifft die strategische Standortentscheidung selbst und bildet damit einen zentralen Gegenstand der SUP.

80

Wenn der Umweltbericht 2026 einerseits die genannten Konfliktmerkmale dokumentiert, andererseits aber wesentliche fachliche Grundlagen – insbesondere aktualisierte Bestandserhebungen und die konkrete Maßnahmenplanung – erst für nachfolgende Projektverfahren vorsieht, bleibt offen, auf welcher tatsächlichen Grundlage die Entscheidung für die Ausweisung einer Vorrangzone getroffen wurde. Der Umweltbericht ermöglicht daher keine nachvollziehbare Prüfung, ob die Standortentscheidung zugunsten der Vorrangzone Floning mit den dokumentierten wildökologischen Rahmenbedingungen tatsächlich vereinbar ist.

81

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Umwidmung der Ausschlusszone am Floning in eine Vorrangzone im Umweltbericht 2026 lediglich mit einer nicht belegten fachlichen Neubewertung begründet wird (Umweltbericht 2026, Seiten 25–26) und daher sachlich nicht nachvollziehbar ist, obwohl im Umweltbericht 2026 selbst betont wird, dass Ausschlusszonen dem Schutz regional bedeutsamer Trittsteine und wildökologischer Funktionen dienen sollen (Umweltbericht 2026, Seiten 22–23, und sich ein derartiger Trittstein samt wildökologischen Funktionen am Floning auch nach wie vor befindet (siehe dazu sogleich unten im Punkt 3.).

82

Der Umweltbericht 2026 enthält zwar umfangreiche Daten zum Floning, beantwortet aber die zentrale Frage nicht, nämlich weshalb ein bisheriger wichtiger Raufußhuhn-Trittstein trotz unverändert dokumentierter Konfliktpotenziale nunmehr als Vorrangzone geeignet sein soll. Die durch den Umweltbericht durchgeführte SUP erfüllt daher die Anforderungen des § 5 Abs 1 und Abs 3 StROG 2010 und der zit Rsp des EuGH nicht.

3.3. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „biologische Vielfalt/Fauna und Flora“

Der Umweltbericht 2026, Seiten 59 f, beschreibt die Umweltauswirkungen der geplanten Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone auf das Schutzgut „biologische Vielfalt/Fauna und Flora“ als „vertretbare Verschlechterung“, obwohl keine Erhebung der ortsspezifischen Daten im Vorfeld der Strategischen Umweltprüfung (SUP) erfolgt ist, sodass diesbezüglich im Umweltbericht überhaupt keine Beurteilung möglich ist. Die entscheidungsrelevanten Daten liegen allerdings der 8. Einschreiterin vor. Aus diesen Daten ergibt sich, dass die Umweltauswirkungen des vorliegenden Entwurfs auf den Floning zu einer erheblichen Verschlechterung des Schutzgutes „biologische Vielfalt/Fauna und Flora“ führen würde. Dies aus folgenden Gründen:

3.3.1. Erhebliche Beeinträchtigungen der Wildökologie

Wie bereits oben im Punkt 3.2. dargestellt, ist die geplante Umwidmung der bisherigen Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone fachlich nicht begründet. Der Umweltbericht 2026 erkennt selbst, dass der Floning derzeit in einer Ausschlusszone liegt, die als Trittstein zur Sicherung von Birkwildkorridoren festgelegt war (Umweltbericht 2026, Seiten 25 – 26). Die bloße Aussage, diese Funktion werde „nicht mehr ausreichend“ erfüllt, wird jedoch bloß behauptet, ohne dass hierzu nachvollziehbare Erhebungen am Standort durchgeführt worden wären.

Gerade dies widerspricht den konkreten Beobachtungen (insbesondere der 8. Einschreiterin, die am Standort Jagdrechte ausübt) vor Ort, wonach am Floning wesentliche Balz-, Brut-, Ruhe- und Einstandsbereiche von Auerwild, Birkwild, Rotwild und Gamswild bestehen.

Besonders problematisch ist, dass der Umweltbericht 2026 gleichzeitig feststellt, dass sich innerhalb bzw im unmittelbaren Umfeld der geplanten Vorrangzone Floning Lebensraumpotenziale für Auerhuhn und Birkhuhn sowie regionale und lokale Lebensraumkorridore befinden, die Auswirkungen aber dennoch lediglich als „vertretbare Verschlechterung“ bewertet werden (Umweltbericht 2026, Seite 60). Diese Schlussfolgerung ist nicht nachvollziehbar.

Insbesondere verfügt die 8. Einschreiterin als Pächterin und Jagdberechtigte auf den Liegenschaften im Gebiet Floning über unmittelbare Kenntnisse zur tatsächlichen Nutzung dieses Gebiets als Kernlebensraum.

Im Bereich der vorgesehenen Vorrangzone (derzeit Ausschlusszone) und unmittelbar angrenzend wurden in der Balzperiode 2026 allein auf den Flächen des Forstguts Strohsitz 14 balzende Auerhähne und 4 balzende Birkhähne gesichtet. Zudem kommen Auer- und Birkhennen ganzjährig im Gebiet vor. Damit handelt es sich nicht bloß um potenzielle Lebensräume, sondern um nachweislich genutzte Balz-, Brut- und Aufzuchtgebiete.

- 89 Zudem erfüllt der Höhenrücken Floning–Kulm eine wesentliche Vernetzungsfunktion für Birk- und Auerhuhn, sodass die Umwidmung der Ausschlusszone in eine Vorrangzone und die darauffolgende Windparkerrichtung nicht nur zu unmittelbaren Lebensraumverlusten, sondern auch zu Barrierewirkungen führen würde. Diese erhebliche Umweltauswirkungen werden im Umweltbericht 2026 vollkommen ignoriert.
- 90 Auch die Bewertung der Auswirkungen auf Rotwild und Gamswild ist unvollständig. Innerhalb der geplanten Vorrangzone liegen nachweislich wesentliche Rotwild-Einstände sowie Brunftgebiete und es kommt zu einem bedeutenden Wechsel zwischen den Einstandsgebieten und der Rotwildfütterung Strohsitz. Störungen dieses Wechsels können nicht nur die Wildpopulation beeinträchtigen, sondern auch zu vermehrten Wildschäden führen. Der Umweltbericht 2026 erwähnt zwar die Rotwildfütterung im Bereich der geplanten Vorrangzone, setzt sich jedoch nicht ausreichend mit den daraus resultierenden wildökologischen Folgen auseinander.
- 91 Zudem sieht der Verordnungsentwurf vor, dass wesentliche Fragen erst im späteren Projektgenehmigungsverfahren geklärt werden sollen, etwa durch aktualisierte Bestandserhebungen, Detailplanungen, Maßnahmenkonzepte oder Bauzeiteinschränkungen (siehe § 3b Abs 1 Z 1 bis 3 und Z 6). Damit wird die Beurteilung zentraler Auswirkungen faktisch auf eine spätere Verfahrensebene verschoben. Dies stellt einen wesentlichen Mangel der Grundlagenforschung dar.
- 92 Dieser Mangel ist gerade am Beispiel des Gebiets Floning bemerkbar, zumal der Höhenrücken räumlich stark begrenzt ist und die zentralen Balz-, Brut-, Brunft- und Ruhezonen der betroffenen Wildarten genau dort liegen, wo Windkraftanlagen errichtet werden würden. Ausgleichs- oder Ersatzflächen stehen aufgrund der topografischen Verhältnisse praktisch nicht zur Verfügung. Damit ist dieses Gebiet als Vorrangzone vollkommen ungeeignet.
- 93 Schließlich spricht auch der aktuelle wissenschaftliche Kenntnisstand gegen die Umwidmung der bisherigen Ausschlusszone in eine Vorrangzone. Nach Coppes et al (2019)³ kommt es beim Auerhuhn im Umkreis einer Windenergieanlage von mindestens 650 m zu Windenergieanlagen zu einer signifikanten und langfristigen Verringerung der Lebensraumnutzung. Diese erhebliche Umweltauswirkung würde sich durch die geplante Umwidmung verwirklichen.
- 94 Insgesamt steht daher fest, dass die Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone mit den im Umweltbericht 2026 selbst genannten wildökologischen Zielen unvereinbar ist. Die Begründung für die Umwidmung bleibt unvollständig, die tatsächliche Bedeutung des

³ Coppes, J., Bollmann, K., Braunisch, V., Fiedler, W., Grünschachner-Berger, V., Mollet, P., Nopp-Mayr, U., Schroth, K-E., Storch, I., Suchant, R. (2019): Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Auerhühner. Projektabschlussbericht (Forschungsprojekt Auerhuhn & Windenergie), Hrsg.: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg.

Gebiets für Auerhuhn, Birkhuhn, Rotwild und Gamswild wird unterschätzt, und die behauptete Wirksamkeit von Minderungsmaßnahmen wird nicht ausreichend nachgewiesen.

3.3.2. Ornithologie / Artenschutz

Der Umweltbericht 2026, Seite 60, hält ausdrücklich fest, dass der Floning ein gutes Lebensraumpotenzial für Birkwild, sehr gutes Lebensraumpotenzial für Auerwild im Umfeld, mehrere Birkwildkorridore der Priorität 1 und 2 aufweist, sowie einen lokalen und einen regionalen Lebensraumkorridor darstellt.

Gleichzeitig wird auf der Seite 60 des Umweltberichts 2026 festgehalten, dass keine Informationen zu Vogelnachweisen („Ornithologie“) bzw zu Vorkommen geschützter bzw gefährdeter Arten („Artenschutz“) innerhalb oder in unmittelbarer Nähe der geplanten Vorrangzone Floning vorliegen würden.

Dies ist unrichtig. Insbesondere der 8. Einschreiterin, die Jagdberechtigte im Gebiet Floning ist, liegen derartige Informationen vor.

Beobachtungen der 8. Einschreiterin bzw der in ihrem Auftrag tätigen Personen (zB Oberförster) bestätigen, dass der Floning ein wichtiges Balz-, Brut- und Aufzuchtgebiet für Birkhuhn und Auerhuhn darstellt. Dabei betreffen die Reproduktions- und Ganzjahreslebensräume insbesondere die beabsichtigte Vorrangzone, wo die wichtigsten Kernbereiche liegen. Beim Floning handelt es sich um einen essenziellen Trittstein sowohl für Birkhuhn als auch für Auerhuhn.

In der laufenden Balzperiode 2026 wurden allein auf Flächen des Forstguts Strohsitz im Bereich der ausgewiesenen Vorrangzone sowie auf angrenzenden Flächen 14 balzende Auerhähne und 4 balzende Birkhähne bestätigt. Außerdem sind dort Auerhennen und Birkhennen während des gesamten Jahres sichtbar anzutreffen.

100

Zudem wurden bei der Zählung auch auf angrenzenden Flächen im Bereich der Floninghöhe weitere balzende Birkhähne akustisch wahrgenommen, woraus abzuleiten ist, dass sich am Floning eine eigenständige Population etabliert hat. Die Kernlebensräume erstrecken sich über das Forstgut Strohsitz hinaus über den Höhenrücken Floning-Kulm:

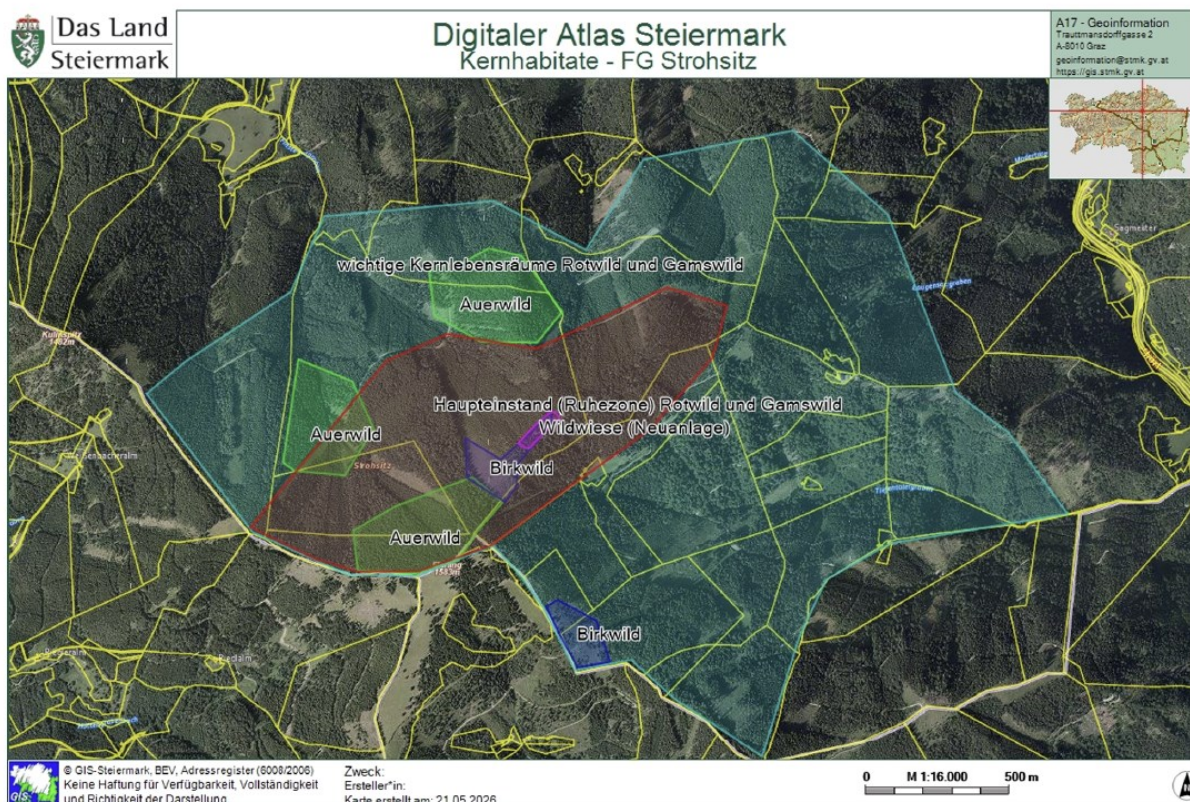


Abbildung 4: Lage wesentlicher Kernhabitate der in den Punkten 3.3. und 3.4. genannten Arten auf den Bereichen des Forstguts Strohsitz.

101

Entgegen den Aussagen im Umweltbericht liegen daher konkrete, ortsbezogene Angaben zu Vorkommen und Lebensraumnutzung von Birkhuhn und Auerhuhn vor, einschließlich Zähl-
daten zu balzenden Hähnen, ganzjähriger Sichtungen von Hennen sowie Brut- und Aufzucht-
gebiet vor

102

Art 4 Abs 1 Vogelschutz-Richtlinie verlangt für Arten des Anhangs I, zu denen das Birkhuhn
(*Tetrao tetrix*) und das Auerhuhn (*Tetrao urogallus*) zählen, besondere Schutzmaßnahmen hin-
sichtlich ihrer Lebensräume, um Überleben und Vermehrung im Verbreitungsgebiet sicherzu-
stellen.

103

Der EuGH hat beim Auerhuhn ausdrücklich betont, dass fehlende Maßnahmen gegen Habitat-
verschlechterungen und fehlende besondere Schutzmaßnahmen zu einer Verletzung der
Bestimmungen der Vogelschutz-Richtlinie führen (EuGH 22.6.2022, C-661/20, *Kommission/Slowakische Republik*).

104 Nach Art 4 Abs 1 Vogelschutz-Richtlinie sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, diejenigen Gebiete zu besonderen Schutzgebieten zu erklären, die für die Erhaltung der in Anhang I genannten Arten zahlen- und flächenmäßig am geeignetsten sind. Dies entspricht der verstärkten Schutzregelung, die Art 4 Vogelschutz-Richtlinie insbesondere für die in Anhang I aufgezählten (besonders geschützten) Arten vorsieht. Die in Artb2 Vogelschutz-Richtlinie genannten wirtschaftlichen Erfordernisse dürfen bei der Auswahl und Abgrenzung eines Schutzgebietes nicht berücksichtigt werden. Die Ausweisung hat bestimmten, in der Richtlinie festgelegten ornithologischen Kriterien zu folgen (vgl zu allem etwa EuGH 19.5.1998, C-3/96, *Kommission/Niederlande*, Rn 55 ff, mwN). Die Ausweisung eines besonderen Schutzgebietes kann nicht das Ergebnis einer isolierten Prüfung des ornithologischen Wertes jeder einzelnen in Rede stehenden Fläche sein, sondern muss unter Berücksichtigung der natürlichen Grenzen des betroffenen Ökosystems erfolgen; die ornithologischen Kriterien, auf denen die Ausweisung ausschließlich zu beruhen hat, müssen wissenschaftlich begründet sein (vgl EuGH 14.1.2016, C-141/14, *Kommission/Bulgarien*, Rn 30; VwGH 15.10.2020, Ro 2019/04/0021)

105 Dies wiegt umso schwerer, als im Kapitel 8 des Umweltberichts eingeräumt wird, dass **orts-spezifische Detailerhebungen im Rahmen der Überarbeitung nicht durchgeführt wurden**, hinsichtlich geschützter Arten keine flächendeckenden Kenntnisse über Vorkommen bestehen und dass spezifische lokale Besonderheiten unterrepräsentiert erfasst sein können (Umweltbericht 2026, Seite 172).

106 Der geplanten Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone stehen somit auch die Bestimmungen der Vogelschutz-Richtlinie entgegen, weil die Vorrangzone zu Habitatverschlechterungen streng geschützter Vogelarten führen würde.

3.4. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „Mensch/Bevölkerung“

107 Auch die Beurteilung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Mensch/Bevölkerung“ auf der Seite 59 des Umweltberichts 2026 als bloß „geringe Verschlechterung“ ist fachlich und rechtlich nicht nachvollziehbar:

108 Der Umweltbericht nennt selbst mögliche Emissionswirkungen aufgrund der Nähe zu Wohngebäuden, Einschränkungen der Landnutzung, Eingriffe zur Erschließung und Energieableitung, Waldrodungen sowie die Beeinträchtigung der Landschaft.

109 Die Umweltauswirkungen des vorliegenden Entwurfs sowie insbesondere der Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone auf das Forstgut Strohsitz (Eigentum der 2. bis 7. Einschreiter; Jagdberechtigung der 8. Einschreiterin) wurden im Umweltbericht 2026 überhaupt nicht berücksichtigt, obwohl der vorliegende Entwurf die Grundlage für die Errichtung eines Windparks direkt an der Grundstücksgrenze dieses Forstguts vorsieht.

- 110 Zudem befindet sich ein Gebäude am südlichen Rand innerhalb der geplanten Vorrangzone und das nächstgelegene potenzielle Wohngebäude „Schnabel“ liegt nur rund 160 m südlich der Vorrangzone. Gleichzeitig führt der Wanderweg 892A durch die Vorrangzone auf den Kleinen Floning (1553 m) und den Floning (1583 m). Die Bewertung der Erholungsnutzung mit „keine/nicht relevante Veränderung“ ist daher widersprüchlich.
- 111 Auch die Auswirkungen auf Forstwirtschaft, Jagd und sonstige Landnutzung werden unterschätzt. Der Umweltbericht hält selbst fest, dass der überwiegende Teil der geplanten Vorrangzone bewaldet ist, dass Almweideflächen und Wiesen betroffen sind und dass sich eine Rotwildfütterung im südwestlichen Bereich der Vorrangzone befindet. In Wahrheit sind durch den vorliegenden Entwurf wesentliche Einstands-, Wechsel- und Fütterungsbereiche von Rotwild sowie jagdlich relevante Kernlebensräume betroffen. Diese Auswirkungen betreffen nicht nur das Schutzgut biologische Vielfalt, sondern unmittelbar auch Eigentum, forstliche Bewirtschaftung, Jagdausübung und Wildschadensvermeidung.
- 112 Aus dem bereits im Punkt 3.3.1. dargestellten Risiko der Beeinträchtigung der Rotwildbewirtschaftung und der Wildgemeinschaft Floning ergibt sich als Folge die Verminderung des Jagdwerts auf den Liegenschaften der 2. bis 7. Einschreiter, wodurch die 8. Einschreiterin als Jagdberechtigte beeinträchtigt wäre.
- 113 Die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen würden zu einer dauerhaften Beunruhigung dieser Wildarten führen. Neben den unmittelbaren Auswirkungen der Bauphase sind insbesondere regelmäßige Wartungsfahrten, Kontrollgänge, die zusätzliche Erschließung sowie eine verstärkte Freizeitnutzung der neu geschaffenen oder ausgebauten Wege zu erwarten. Dadurch werden bisher störungsarme Rückzugsräume dauerhaft beeinträchtigt.
- 114 Besonders schwer wiegt die Beeinträchtigung traditioneller Brunft- und Balzplätze. Der wirtschaftliche und ideelle Wert einer Jagd hängt wesentlich vom Vorhandensein stabiler und beobachtbarer Wildbestände ab. Werden Brunftplätze, Balzplätze oder wesentliche Einstandsgebiete aufgegeben oder verlagert, reduziert dies nachhaltig die Attraktivität und Nutzbarkeit des Jagdreviers. Dies gilt insbesondere für die jagdlich und wildökologisch hochwertigen Vorkommen von Rotwild und Gamswild sowie für die außergewöhnlich bedeutenden Vorkommen von Auer- und Birkwild.
- 115 Zwischen den südwestlich gelegenen Einständen und der Rotwildfütterung Strohsitz verläuft mitten durch die geplante Vorrangzone (derzeit Ausschlusszone) ein bedeutender Rotwildwechsel. Eine Störung dieses Wechsels kann zu Ausweichbewegungen des Wildes und zu einer Verlagerung der Wildschwerpunkte führen. Dadurch wird die bisherige wildökologische Funktion des Gebietes beeinträchtigt und die nachhaltige jagdliche Bewirtschaftung erschwert.

Der Umweltbericht 2026 berücksichtigt diese wirtschaftlichen und jagdlichen Auswirkungen nicht ausreichend. Zwar werden Auswirkungen auf Wildtiere allgemein erwähnt, eine eigenständige Bewertung der Folgen für bestehende Wildbewirtschaftungssysteme, Rotwildmanagement, Wildgemeinschaften oder den Jagdwert der betroffenen Reviere erfolgt jedoch nicht (siehe Umweltbericht 2026, Kapitel 4.6 und 5.2).

Besonders relevant ist dabei, dass sämtliche an den Höhenrücken Floning angrenzenden Reviere Mitglieder der Wildgemeinschaft Floning sind. Dies dokumentiert die überörtliche Bedeutung des Gebietes für die koordinierte Bewirtschaftung von Rot- und Gamswild und spricht gegen die Annahme, die Auswirkungen seien lediglich lokal begrenzt. Die mit der Windparkerichtung verbundenen Störungen können daher nicht nur zu einer Verschlechterung der Lebensraumqualität führen, sondern auch den jagdlichen Nutzungswert, die Qualität der Wildbestände sowie die nachhaltige Bewirtschaftbarkeit der betroffenen Jagdgebiete erheblich vermindern. Diese Auswirkungen wurden im Umweltbericht nicht ausreichend untersucht und bewertet.

Die Einstufung der Verschlechterung als bloß gering ist auch deshalb nicht haltbar, weil keine standortspezifische Prüfung von Schall, Schattenwurf, Eisfall, Bauverkehr, Wegsperrern, Erholungsbeeinträchtigung, forstwirtschaftlichen Einschränkungen und jagdlichen Folgewirkungen vorliegt. Ein Verweis auf spätere Projektgenehmigungsverfahren genügt nicht, weil die strategische Umweltprüfung nach § 5 StROG 2010 und Art 5 SUP-Richtlinie die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen **bereits vor Annahme des Plans** zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten hat. Eine solche Ermittlung, Beschreibung und Bewertung hat fallgegenständlich nicht stattgefunden.

Die Bewertung der Umweltauswirkungen des vorliegenden Entwurfs bezüglich der geplanten Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone auf das Schutzgut Mensch/Bevölkerung ergibt daher eine wesentliche Verschlechterung.

3.5. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „natürliche Ressourcen“

Der Umweltbericht 2026, Seite 61, beschreibt die Umweltauswirkungen der geplanten Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone auf das Schutzgut „natürliche Ressourcen“ als „vertretbar“. Diese Beurteilung ist nicht nachvollziehbar:

Im Umweltbericht wurde ausdrücklich festgehalten, dass im nördlichen, zentralen Bereich der Vorrangzone 12,7 ha Boden mit hohem Gesamtraumwiderstand gemäß Bodenfunktionsbewertung Steiermark liegen. Es handelt sich dabei um 9 % der geplanten Vorrangzone von 137 ha. Gerade wenn fast ein Zehntel der geplanten Vorrangzone Böden mit hohem Raumwiderstand

aufweist, ist eine bloße Einstufung als „vertretbar“ ohne planliche Darstellung, ob und wie Anlagenstandorte, Kranstellflächen, Zufahrten, Kabeltrassen und Manipulationsflächen diese Böden beeinträchtigen können, nicht nachvollziehbar.

122 Besonders problematisch ist, dass der Umweltbericht 2026 mit Anlagen von 3 bis 7 MW, Nabenhöhen von 100 bis 180 m, Rotordurchmessern von 120 bis 170 m, einem Flächenbedarf von bis zu 1 ha je Anlage für Turm-, Kran- und Montageflächen, Fundamenten bis zu 25 m Durchmesser, internen und externen Wegen sowie interner und externer Energieableitung rechnet (Umweltbericht 2026, Seite 33). In der geplanten Vorrangzone Floning sollen voraussichtlich sechs bis sieben (!) Windenergieanlagen möglich sein. Schon daraus ergibt sich ein erheblicher Flächen- und Bodenbezug, der eine erhebliche Umweltauswirkung darstellen kann.

123 Weiters befindet sich der Rettenbach nur rund 10 m südlich, eine Quelle potentiell im südwestlichen Randbereich und ein naturnaher Teich im zentralen Bereich der geplanten Vorrangzone. Gleichzeitig beschreibt der Umweltbericht die Vorrangzone als steilen, bewaldeten Höhenrücken mit hoher Reliefenergie und räumt erforderliche Eingriffe zur Erschließung und Energieableitung sowie Waldrodungen ein. Vor diesem Hintergrund ist die Bewertung von Oberflächengewässern, Grundwasser, Brunnen und Quellen mit „keine/nicht relevante Veränderung“ nicht schlüssig. Auf einem steilen Höhenrücken haben Wegverbreiterungen, Kranstellflächen, Fundamentbau, Kabelverlegung und Entwässerungsmaßnahmen typischerweise stärkere Folgewirkungen als auf flachem Gelände: Bodenabtrag, Hanganschnitte, Verdichtung, Erosionsrisiko, geänderte Oberflächenabflüsse und Sedimenteinträge können nicht nur punktuell, sondern hangabwärts wirken. Der Umweltbericht bewertet diese standörtliche Verstärkung nicht ausreichend.

124 Ebenso wenig genügt der Hinweis, dass laut eBod keine landwirtschaftlich bedeutsamen Böden vorlägen. Boden ist nicht nur dann schutzwürdig, wenn er landwirtschaftlich hochwertig ist. Zu bewerten wären auch Bodenfunktionen wie Wasserspeicherung, Filter- und Pufferfunktion, Erosionsschutz, Kohlenstoffspeicherung, Standortfunktion für Wald- und Offenlandlebensräume sowie Wiederherstellbarkeit nach Verdichtung, Abtrag und Versiegelung. Gerade auf einem bewaldeten Höhenrücken mit hoher Reliefenergie ist die Bodenfunktion nicht mit landwirtschaftlicher Bonität gleichzusetzen.

125 Mit anderen Worten: Der Umweltbericht nennt zwar selbst mehrere sensible Ressourcenmerkmale am Floning, leitet daraus aber ohne konkrete technische, bodenkundliche und hydrogeologische Prüfung ab, die Auswirkungen seien „vertretbar“ bzw durch spätere Maßnahmen bewältigbar.

126 Bei der Beurteilung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „natürliche Ressourcen“ wurde auch der Wald als natürliche Ressource unterschätzt: Im Umweltbericht 2026, Seite

57, wurde festgehalten, dass die voraussichtlichen Umweltauswirkungen unter anderem die Inanspruchnahme von Fläche bzw erforderliche Waldrodungen betreffen.

127 Auf der Seite 59 wird außerdem festgehalten, dass der überwiegende Teil der Vorrangzone mit Wald bestockt ist und forstwirtschaftlich genutzt wird. Zusätzlich gibt es im nördlichen Teil rund 26,7 ha Almweideflächen, darunter Waldweideflächen, und rund 1,4 ha einmähige Wiese (Umweltbericht 2026, Seite 59).

128 Dabei wird verkannt, dass der Wald nicht nur eine „Landnutzung“ oder ein „Habitat“, sondern auch eine natürliche Ressource darstellt. Rodungen und dauerhafte technische Inanspruchnahme betreffen Boden, Wasserhaushalt, Kohlenstoffspeicherung, Mikroklima, Erosionsschutz und Waldfunktionen. Der Umweltbericht bewertet zwar „Luft & klimatische Faktoren“ mit „o“ (keine/nicht relevante Veränderung) und verweist makroklimatisch auf den positiven Klimabeitrag der Windenergienutzung, erwähnt aber nur pauschal geringe negative Auswirkungen möglicher Rodungen (Umweltbericht 2026, Seite 61). Ohne konkrete Rodungsflächen, Zuwegungsbreiten, Kabeltrassen und Ausgleichsflächen ist diese Abwägung zu pauschal.

129 Auf die Tatsache, dass es durch den Betrieb von Windindustrieanlagen zu einer negativen Änderung des Mikroklimas kommt (Entzug von Bodenfeuchtigkeit), geht der Umweltbericht nicht ein.

130 Aus der Bewertung des Schutzgutes „natürliche Ressourcen“ geht auch nicht hervor, ob bzw inwieweit die Auswirkungen auf das unmittelbar angrenzende Forstgut Strohsitz der 2. bis 7. Einschreiter ermittelt, beschrieben bzw bewertet wurden.

131 Ebenso wenig werden im Umweltbericht die Wechselwirkungen zwischen Boden, Wasser, Wald und Biodiversität behandelt (der Umweltbericht behandelt die Schutzgüter tabellarisch getrennt), obwohl sowohl § 5 StROG 2010 als auch Anhang I lit f SUP-Richtlinie die Darstellung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, einschließlich Boden, Wasser, Luft, klimatische Faktoren, Landschaft und der Wechselbeziehungen zwischen diesen Faktoren fordern.

132 Den genannten Wechselbeziehungen kommt am Flöning auch Relevanz zu, weil Bodenabtrag und Wegbau Waldstandorte beeinträchtigen, geänderter Wasserabfluss Quellen beeinflusst, Waldrodungen und Offenlandverluste auf Wildlebensräume wirken bzw Störungen und Barrierewirkungen die Nutzung des gesamten Höhenrückens verändern.

133 Die SUP ist daher auch vor diesem Hintergrund mangelhaft.

134 Die Eignung des Floning als Vorrangzone wird im Umweltbericht damit begründet, dass Verschlechterungen durch Maßnahmen gemindert bzw ausgeglichen werden könnten und im späteren Genehmigungsverfahren detaillierte Maßnahmen festzulegen seien (Umweltbericht 2026, Seite 57).

135 Wenn die Bewertung der Umweltauswirkungen als „vertretbar“ wesentlich auf Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen beruht, müssen diese Maßnahmen für das Schutzgut „natürliche Ressourcen“ zumindest so konkret sein, dass ihre Wirksamkeit plausibel beurteilt werden kann. Dies ist hier nicht der Fall. Allgemeine Hinweise auf spätere Projektplanung reichen bei einer überörtlichen Vorrangzonenwidmung nicht aus.

136 Dabei ist nochmals darauf hinzuweisen, dass der Floning ein räumlich begrenzter Höhenrücken ist. Ein Windpark würde unabhängig von der genauen Positionierung den begrenzten Höhenrücken in Anspruch nehmen. Im umliegenden Raum sind **geeignete Ausgleichsflächen aufgrund der Topografie faktisch nicht vorhanden**. Außerdem sind zusätzliche quantitative und qualitative Lebensraumverluste durch Flächeninanspruchnahme und Lebensraumverschlechterung nicht ausreichend kompensierbar.

137 Die Annahme, die Verschlechterungen könnten durch spätere Maßnahmen gemindert oder ausgeglichen werden, ist für den Floning daher nicht nachvollziehbar. Solange keine konkrete bodenkundliche, hydrogeologische und forstfachliche Prüfung samt planlicher Darstellung der Anlagenstandorte, Zuwegung, Kranstellflächen, Kabeltrassen, Rodungsflächen und Entwässerungsmaßnahmen vorliegt, kann eine erhebliche Beeinträchtigung natürlicher Ressourcen nicht ausgeschlossen werden.

3.6. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „Landschaft“

138 Auch die Bewertung der Umweltauswirkungen der geplanten Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone auf das Schutzgut „Landschaft“ im Umweltbericht 2026, Seiten 61 f, als „vertretbar“ (siehe auch Umweltbericht, Seite 57), ist verfehlt:

139 Auf der Seite 62 des Umweltberichts 2026 wird ausdrücklich festgehalten, dass der Bereich der geplanten Vorrangzone Floning laut Landschaftsbewertung Revital 2018 **überwiegend eine sehr hohe Landschaftsqualität und landschaftlich hohe Schutzwürdigkeit** aufweist, während das weitere Umfeld überwiegend nur als gering bis mäßig schutzwürdig bewertet werde. Die hohe landschaftliche Qualität des Floning wurde somit im Umweltbericht 2026 ausdrücklich bestätigt.

140 Beim Floning handelt es sich darüber hinaus um einen markanten, bewaldeten Höhenrücken (Umweltbericht 2026, Seite 57) und nicht bloß um einen landschaftlichen Restbereich. Windenergieanlagen auf einem Gipfel- bzw Gratbereich wirken landschaftlich regelmäßig stärker

als Anlagen in bereits technisch überprägten Räumen, weil sie die **Horizontlinie, Silhouette und Eigenart des Höhenrückens verändern**. Gerade diese Silhouettenwirkung wird im Umweltbericht nicht ausreichend konkretisiert.

141 Die Auswirkungen der Windkraftanlage im Bereich des Floning würden nicht nur in abstrakter Fernsicht, sondern in einer konkreten, intensiven Nah- bzw Mittelbereichswirkung bestehen. Das widerspricht der eher pauschalen Sichtbarkeitsbeurteilung im Umweltbericht. Dieser stellt nämlich vor allem darauf ab, dass die Fernwirkung durch umliegende Erhebungen eingeschränkt werde und Windenergieanlagen zumindest in Teilbereichen aus mindestens 2 km entfernten Siedlungsgebieten sichtbar sein würden (Umweltbericht 2026, Seite 62). Ein relevanter konkreter Blickpunkt im betroffenen Gebiet wäre wesentlich stärker betroffen, als die pauschale Siedlungsraum-Betrachtung erkennen lässt.

142 Im Umweltbericht wurden die Auswirkungen der geplanten Vorrangzone auf die Landschaft im Bereich des Forstguts Strohsitz überhaupt nicht bewertet.

143 Im Rahmen der SUP hätte geprüft werden müssen, ob einzelne Teilbereiche der geplanten Vorrangzone zu einer besonders starken Betroffenheit konkreter Liegenschaften, Forsthäuser, Jagd- und Forstbetriebsstandorte führen. Gerade bei einer überörtlichen Widmungsfestlegung darf die konkrete räumliche Abgrenzung nicht so grob bleiben, dass hoch konflikträchtige Teilflächen ohne nähere Begründung einbezogen werden. Stattdessen hat sich die SUP in diesem Zusammenhang auf eine bloß abstrakte Prüfung der Sichtbarkeit der Windkraftanlagen „aus Siedlungsgebieten“ eingeschränkt. Die SUP bleibt daher diesbezüglich unvollständig.

144 Im Umweltbericht hätte zumindest geprüft werden müssen, ob die Vorrangzone im konfliktträchtigen Bereich (Sichtbarkeit aus dem Forstgut Strohsitz) etwa verkleinert oder anders abgegrenzt werden kann.

145 Der Umweltbericht 2026, Seite 62, bewertet die landschaftsgebundene Erlebbarkeit mit „o“, also als keine bzw nicht relevante Veränderung. Gleichzeitig wird dort aber festgehalten, dass das Gebiet lokale Bedeutung als Naherholungsraum bzw Wandergebiet von Kapfenberg und Sankt Katharein aus besitzt.

146 Außerdem wurde auf der Seite 59 des Umweltberichts 2026 festgehalten, dass der Wanderweg 892A von Kapfenberg bzw Sankt Katharein an der Laming durch die Vorrangzone auf den Kleinen Floning und den Floning führt.

147 Damit ist die Bewertung „keine/nicht relevante Veränderung“ nicht nahvollziehbar. Ein Wanderweg auf einen markanten Höhenrücken mit sehr hoher Landschaftsqualität wird durch Windenergieanlagen auf der Grathöhe landschaftlich sehr wohl wesentlich, nämlich visuell, akustisch, durch technische Dominanz, durch Erschließungswege und durch mögliche Sperren bzw Sicherheitsbereiche, verändert.

148 Wenn im Umweltbericht 2026, Seite 62, Themenbereich „Landschaftsschutzgebiete“ darauf
verwiesen wird, dass sich im Umkreis von 5 km kein Landschaftsschutzgebiet befindet, so folgt
daraus nicht, dass die Landschaftsbeeinträchtigung gering oder vertretbar wäre.

149 Das steiermärkische Naturschutzrecht schützt nämlich nicht nur förmlich ausgewiesene Land-
schaftsschutzgebiete. § 3 Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017 (StNSchG 2017) verlangt
bei Vorhaben mit erwartbaren Auswirkungen auf Natur und Landschaft insbesondere, dass der
Landschaftscharakter nicht nachhaltig beeinträchtigt und das Landschaftsbild nicht nachhaltig
verunstaltet wird. Eine nachhaltige Beeinträchtigung kann insbesondere vorliegen, wenn die
Naturbelassenheit oder naturnahe Bewirtschaftung eines Landschaftsraums wesentlich ge-
stört wird (siehe § 3 Abs 1 und Abs 3 Z 2 StNSchG 2017).

150 Für die Bewertung ist somit die tatsächliche Landschaftsqualität, Eigenart, Sichtbarkeit und
Erlebbarkeit entscheidend. Genau diese Faktoren sprechen hier gegen die Annahme einer
bloß vertretbaren Beeinträchtigung des Schutzgutes „Landschaft“.

151 Soweit im Umweltbericht 2026, Seite 57, behauptet wird, die Verschlechterungen könnten
durch Maßnahmen gemindert bzw ausgeglichen werden und im nachfolgenden Genehmi-
gungsverfahren seien detaillierte Maßnahmen zu erarbeiten, so ist dem entgegenzuhalten,
dass die spezifischen Maßnahmen für den Floning in Kapitel 7.3.2 des Umweltberichts 2026
im Wesentlichen nur Maßnahmen zu Birk- und Auerwild, Lebensraumkorridoren und windkraft-
sensiblen Vogelarten vorsehen. Eigene landschaftsbezogene Maßnahmen – etwa Ausschluss
besonders sichtbarer Teilflächen, Höhenbeschränkungen, Vorgaben zur Anlagenzahl, Freihal-
tung der Horizontlinie, Abstand zum Forstgut Strohsitz oder Variantenvergleich aus konkreten
Blickpunkten – fehlen (Umweltbericht 2026, Seiten 154–155).

152 Gerade aus der Abbildung 6 geht hervor, dass das Landschaftsproblem nicht bloß ein Detail
der späteren Projektplanung ist, sondern aus der Grundentscheidung folgt, den Höhenrücken
als Vorrangzone festzulegen. Sichtbarkeit und Silhouettenwirkung lassen sich nachträglich
kaum „ausgleichen“. Sie können vor allem durch Standortwahl, Zonengrenze und Anlagenge-
staltung vermieden oder reduziert werden. Das hätte im Rahmen der Strategischen Umwelt-
prüfung (SUP) geprüft werden müssen.

3.7. Erhebliche Verschlechterung des Schutzgutes „Sach- und Kulturgüter“

153 Der Umweltbericht 2026, Seite 62, beschreibt die Umweltauswirkungen der geplanten Umwid-
mung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone auf das Schutzgut „Sach- und Kultur-
güter“ als „keine/nicht relevant“. Auch diese Bewertung ist nicht nachvollziehbar:

154 Wenn im Umweltbericht in diesem Zusammenhang festgehalten wird, dass sich in bzw im un-
mittelbaren Umfeld der geplanten Vorrangzone (derzeit Ausschlusszone) „keine Sachgüter

bzw. Infrastrukturen“ befinden würden, so wird dabei die Lage des Forstguts Strohsitz der 2. bis 7. Einschreiter im unmittelbaren Umfeld der geplanten Vorrangzone vollkommen ignoriert. Der Umweltbericht ist daher bereits im Ansatz grob mangelhaft und zur Bewertung der Umweltauswirkungen gänzlich ungeeignet.

155 Beim Forstgut Strohsitz handelt es sich um einen biodiversitätsfördernden, bewirtschafteten Forst- und Jagdbetrieb. Bei einem Forst- und Jagdbetrieb zählen jedenfalls auch Gebäude, forstliche und jagdliche Einrichtungen, Wege, Fütterungen, betriebliche Infrastruktur, allfällige Wasserfassungen/Quellenanlagen, Zäune, Alm- und Weideeinrichtungen und die Nutzbarkeit der Liegenschaft als sachgutrelevante Aspekte. Genau diese betriebsbezogene Betrachtung fehlt in der Bewertung des Schutzgutes „Sach- und Kulturgüter“.

156 Die Umwidmung der bestehenden Ausschlusszone Floning zur Vorrangzone direkt an der Grundgrenze zum Forstgut würde den Forstbetrieb und den Jagdwert erheblich beeinträchtigen, zumal dies zum Verlust von Ruhezeiten, Kernlebensräumen, Brunft- und Balzplätzen sowie zur dauerhaften Beunruhigung, Verlagerung von Wildbewegungen, Beeinträchtigung traditioneller Wechsel und möglicher Zunahme von Wildschäden führen würde.

157 Diese Auswirkungen betreffen nicht nur das Schutzgut „Biologische Vielfalt“, sondern auch Sachwerte: Jagdwert, forstliche Bewirtschaftbarkeit, Wildschadensvermeidung, Fütterungsinfrastruktur, revierbezogene Investitionen und die wirtschaftliche Nutzbarkeit des Forstbetriebs.

158 Zwischen Einstandsgebieten südwestlich des Floning und der Rotwildfütterung Strohsitz verläuft mitten durch die geplante Vorrangzone ein bedeutender Rotwildwechsel. Die Rotwildfütterung dient neben der Versorgung des Wildes vor allem der Vermeidung forstlicher Schäden. Ein ungestörtes Ziehen zur und von der Fütterung ist für diese Funktion unerlässlich.

159 Damit ist die Fütterung nicht bloß ein wildökologischer Punkt. Sie ist eine betriebliche Infrastruktur mit sachgutbezogener Funktion: Sie dient der Wildlenkung und der Vermeidung von Schäden am Waldvermögen. Wenn Windenergieanlagen, Zuwegungen, Bau- und Wartungsverkehr oder erhöhte menschliche Präsenz diese Funktion beeinträchtigen, liegt eine mögliche Beeinträchtigung von Sachgütern vor. Der Umweltbericht 2026 erkennt die Rotwildfütterung auf Seite 59 sogar selbst an, bewertet sie auf Seite 62 beim Schutzgut Sachgüter/Infrastruktur jedoch in keiner Weise.

160 Diese Auswirkungen würden beim Forstgut Strohsitz in der Folge auch zur Wertminderung des Grundstückswerts der 2. bis 7. Einschreiter sowie zur Wertminderung des Jagdwerts der 8. Einschreiterin führen.

161 Wenn der Umweltbericht diese Auswirkungen beim Schutzgut „Sach- und Kulturgüter“ vollständig ausblendet, dann belastet dies den Umweltbericht 2026 mit grober Mangelhaftigkeit.

162

Darüber hinaus ist der Umweltbericht auch unschlüssig, weil auf der Seite 59 im Fachbereich „Mensch/Bevölkerung“ ausdrücklich festgehalten wurde, dass sich am südlichen Rand innerhalb der Vorrangzone ein Gebäude befindet, ein potenzielles Wohngebäude „Schnabel“ nur rund 160 m südlich liegt, durch die Vorrangzone der Wanderweg 892A führt sowie der überwiegende Teil der Vorrangzone mit forstwirtschaftlich genutztem Wald bestockt ist.

163

In diesem Zusammenhang wurden auch Almweideflächen, eine einmündige Wiese und eine Rotwildfütterung im südwestlichen Bereich der Vorrangzone erwähnt. Wenn im Fachbereich „Sach- und Kulturgüter“ auf der Seite 62 des Umweltberichts 2026 daher festgehalten wird, dass sich in bzw im unmittelbaren Umfeld der geplanten Vorrangzone (derzeit Ausschlusszone) „keine Sachgüter bzw. Infrastrukturen“ befinden würden, so steht das im eklatanten Widerspruch zu den Feststellungen des Umweltberichts 2026 zum Schutzgut „Mensch/Bevölkerung“, weil ein Gebäude, eine Rotwildfütterung, Forststraßen, Alm-/Weideinfrastruktur, forstwirtschaftliche Nutzflächen und ein Wanderweg jedenfalls Sachgüter bzw Infrastrukturen oder zumindest sachgutrelevante Nutzungsbestandteile sind. So würden Beeinträchtigungen der Wanderwege etwa zu einem Rückgang des sanften Fremdenverkehrs führen. Auch dieser Aspekt wurde bei der Bewertung des Schutzgutes überhaupt nicht berücksichtigt.

164

Der vorliegende Entwurf sieht vor, dass Vorrangzonen überörtliche Widmungsfestlegungen sind. In Vorrang- und Eignungszonen ist die Errichtung von Windenergieanlagen zulässig, bei Neuerrichtung mit mindestens 15 MW Gesamtleistung. Außerdem ist in Vorrang- und Eignungszonen sowie in einer 1.000-m-Pufferzone um Vorrangzonen die Neuausweisung von Bauland und windenergieunvereinbaren Sondernutzungen im Freiland unzulässig (siehe § 3a Abs 2, 4 und 5 des Entwurfs).

165

Die Umwidmung verändert somit nicht bloß eine abstrakte Planungskategorie, sondern setzt einen verbindlichen Rahmen für künftige Projektgenehmigungen und **beschränkt somit künftige Entwicklungsmöglichkeiten in der Umgebung**. Diese Wirkung auf Liegenschaften, betriebliche Nutzungen und Infrastruktur wurde jedoch im Schutzgut „Sach- und Kulturgüter“ nicht beschrieben bzw bewertet, sodass die Bewertung auch vor diesem Hintergrund unvollständig bleibt.

166

Schließlich werden im Umweltbericht 2026 Windenergieanlagen der Leistungsklasse 3 bis 7 MW, Nabenhöhen von 100 bis 180 m, Rotordurchmessern von 120 bis 170 m, bis zu 1 ha Flächenbedarf je Anlage für Turm-, Kran- und Montageflächen, Fundamenten bis zu 25 m Durchmesser, einem internen und externen Wegenetz, Energieableitungen und Trafostationen erwähnt (Umweltbericht 2026, Seite 33).

167

Für den Floning werden 137 ha und ein Potenzial von sechs bis sieben Windenergieanlagen genannt (Umweltbericht 2026, Seite 56). Bei dieser Größenordnung ist es nicht plausibel, ohne

konkrete Erhebung zu behaupten, dass Sachgüter und Infrastruktur in der Zone bzw im unmittelbaren Umfeld überhaupt nicht relevant betroffen sein können. Gerade Zuwegungen, Kranstellflächen, Kabeltrassen, Bauverkehr und Sicherheitsbereiche können bestehende Forststraßen, Wege, Fütterungen, Almflächen, Zäune und sonstige Betriebseinrichtungen unmittelbar beeinträchtigen.

168 Auch die Umweltauswirkungen der Umwidmung auf das Kulturerbe wurden zu knapp beurteilt: Auf Seite 62 des Umweltberichts wurde festgehalten, dass sich mit Ausnahme eines Gipfelkreuzes am Floning keine Denkmäler, archäologischen Fundstätten oder kulturellen Besonderheiten in der Vorrangzone befinden würden. Zugleich liegt eine archäologische Fundstelle „Unterberger Alpe“ rund 200 m östlich der Vorrangzone. Trotzdem wird „Kulturerbe“ mit „O“ (keine/ nicht relevante Veränderung) bewertet.

169 Wenn ein Gipfelkreuz in der Vorrangzone besteht und eine archäologische Fundstelle nur rund 200 m entfernt liegt, ist eine Nichtrelevanz nicht ausreichend begründet. Zu prüfen wären zumindest Sicht- und Bedeutungszusammenhang des Gipfelkreuzes, Erreichbarkeit, mögliche Verlegung oder Beeinträchtigung durch Sicherheitsbereiche, Bauverkehr und Wegführung sowie mögliche Auswirkungen von externer Zuwegung und Energieableitung auf die nahegelegene archäologische Fundstelle.

170 Im Umweltbericht wurde festgehalten, dass bei Vorrang- und Eignungszonen nicht nur der unmittelbare Standort, sondern auch ein weiterer Wirkraum zu betrachten ist, weil Windenergieanlagen aufgrund ihrer technischen Parameter etwa Emissionen, Schattenwurf und Sichtbarkeit in einem weiteren Raum um die Zone verursachen können (Umweltbericht 2026, Seiten 30–31).

171 Daher ist es nicht ausreichend, bei Kulturgütern nur zu fragen, ob ein Denkmal innerhalb der Zone liegt. Ebenso wenig reicht es, Sachgüter nur im engsten Zonenkörper zu suchen. Das Forstgut Strohsitz, nahegelegene Gebäude, Betriebsflächen, Wege, Fütterungen, archäologische Fundstellen und sonstige Einrichtungen im Wirkraum müssen in die Bewertung daher zwingend einbezogen werden. Da dies unterlassen wurde, ist der Umweltbericht 2026 grob mangelhaft und die geplante Umwidmung jedenfalls unzulässig.

3.8. Unzulässige Verlagerung der Bewertung von Umweltauswirkungen auf spätere Genehmigungsverfahren

172 Gemäß Art 5 Abs 1 und Anhang I lit f SUP-Richtlinie muss der Umweltbericht die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen des Plans ermitteln, beschreiben und bewerten. Ausdrücklich umfasst sind auch Auswirkungen auf die Landschaft und die Wechselbeziehungen zwischen den Schutzgütern.

173 Der EuGH betont, dass die SUP so früh wie möglich durchzuführen ist, damit ihre Ergebnisse strategische Entscheidungen noch beeinflussen können. Eine spätere UVP auf Projektebene ersetzt die SUP nicht (EuGH 7.6.2018, C-160/17, *Thybaut*, Rn. 61–64).

174 Bei Windkraftregelungen ist zu vermeiden, dass umweltrelevante Entscheidungen aufgeteilt oder in spätere Verfahren verschoben werden, weil dadurch die praktische Wirksamkeit der SUP-Richtlinie verringert werden würde (EuGH 27.10.2016, C-290/15, *D'Oultremont*, Rn 48–50).

175 Im vorliegenden Fall wurde aber die Bewertung zahlreicher Umweltauswirkungen, zum Beispiel auf die Landschaft, unzulässigerweise auf die Projekt – UVP verlagert. So sieht § 3b des Entwurfs vor, dass Bestandserhebungen erst für die Projekteinreichung verlangt werden. Derartige Bestandserhebungen wurden im Zuge der Strategischen Umweltprüfung (SUP) nicht durchgeführt (siehe Umweltbericht 2026, Seite 172), obwohl ohne sie die Identifizierung, Beschreibung und Bewertung von Umweltauswirkungen gar nicht möglich ist.

176 Etwa die Frage, ob Floning als ein landschaftlich hochwertiger Höhenrücken überhaupt von einer Ausschlusszone in eine Vorrangzone umgewidmet werden darf bzw ob dort streng geschützte Arten vorkommen, muss bereits im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung (SUP) tragfähig beantwortet werden, weil mit dem geplanten Entwurf überörtliche Widmungsfestlegungen erfolgen sollen, die einen verbindlichen Rahmen für künftige Projektgenehmigungen setzen sollen. Es reicht daher nicht, die konkrete Bestandsanalyse auf ein späteres Projektverfahren zu verlagern. Genau dies ist aber im Umweltbericht 2026 der Fall, sodass die Strategische Umweltprüfung (SUP) auch vor diesem Hintergrund grob mangelhaft ist.

4. Anregungen

177 Aus sämtlichen oben genannten Gründen sprechen sich die Einschreiter

gegen

die Annahme des kundgemachten Entwurfs durch die Steiermärkische Landesregierung aus und regen an, den Entwurf im Sinne der dargestellten Bedenken grundlegend zu überarbeiten.

178 Insbesondere sprechen sich die Einschreiter

gegen

die Umwidmung der derzeit geltenden Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone aus und regen an, die Ausschlusszone Floning aufrechtzuerhalten.

179

Für den Fall der Beschließung des Entwurfs in der kundgemachten Fassung trotz der oben dargelegten Mängel erlauben sich die Einschreiter abschließend auf Folgendes hinzuweisen:

180

Die Grundlagenforschung und die darauf aufbauende Strategische Umweltprüfung sind – wie in der gegenständlichen Stellungnahme aufgezeigt – grob mangelhaft und die geplante Umwidmung der Ausschlusszone Floning in eine Vorrangzone sachlich nicht gerechtfertigt. Sollte der vorliegende Entwurf trotzdem unverändert beschlossen werden, so behalten sich die Einschreiter vor, diese Mängel in den nachfolgenden, materiengesetzlichen Genehmigungsverfahren geltend zu machen. Dass Mängel der Strategischen Umweltprüfung auf die materiengesetzliche Genehmigung durchschlagen und zur Aufhebung der Genehmigung führen können, wurde zuletzt durch den Verwaltungsgerichtshof ausdrücklich bestätigt (VwGH 15.10.2020, Ro 2019/04/0021 ua, 380-kV-„Salzburgleitung“).

Alliance For Nature
Pengg-Bührlen Privatstiftung
Dr. Hermann Pengg-Buehrlen
Elisabeth Pengg-Bührlen
Mag. Veronika Pengg-Bührlen
Fridolin Pengg-Bührlen
Catharina Benedikt
LARIX Forstbetriebs GmbH & Co KG